

Soziale Demokratie im 21. Jahrhundert

**„Bremer Entwurf“ für ein neues
Grundsatzprogramm der
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.**

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung.....	3
1. Die Zeit, in der wir leben	4
2. Die Grundwerte der Sozialen Demokratie	9
3. Soziale Demokratie im 21. Jahrhundert	13
4. Unsere Ziele, unsere Politik	15
4.1 Eine friedliche, freie und gerechte Weltordnung	15
4.2 Das soziale und demokratische Europa.....	23
4.3 Solidarische Bürgergesellschaft und demokratischer Staat.....	28
4.4 Die Gleichstellung der Geschlechter	36
4.5 Neue Wertschöpfung und gute Arbeit.....	37
4.6 Der Vorsorgende Sozialstaat	46
4.7 Bildung in der lernenden Gesellschaft	53
4.8 Kinder und Familien stärken	58
4.9 Nachhaltiger Fortschritt.....	60
5. Unser Weg.....	65

Vorbemerkung

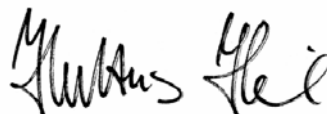
Zu Beginn des Jahres 2007 legt der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands anlässlich seiner Klausurtagung in Bremen den „Bremer Programmentwurf“ vor. Er ist das Ergebnis einer langjährigen und intensiven Diskussion in der Programmkommission der SPD. Viele Anregungen und Impulse aus der Partei und der Gesellschaft haben Eingang in diesen Entwurf gefunden.

Doch die Diskussion ist keineswegs abgeschlossen. Das Jahr 2007 wird für die SPD das Jahr des Dialogs. Wir wollen die Mitglieder unserer Partei und die interessierte Öffentlichkeit einladen, diesen Entwurf zur Grundlage einer Diskussion über die Zukunft unserer Gesellschaft zu machen. Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger einladen, sich der SPD anzuschließen und für eine Politik der Sozialen Demokratie einzutreten.

Die wichtigen Themen liegen auf der Hand. In was für einer Gesellschaft wollen wir in Zukunft leben? Wie kann Politik den Prozess der Globalisierung sozial gerecht gestalten? Wie können wir hohen Wohlstand für alle ermöglichen und gleichzeitig die globalen ökologischen Risiken bewältigen? Welche neuen Chancen und Sicherheiten brauchen wir in einer Zeit stürmischer Veränderung?

Das neue Grundsatzprogramm der SPD wird das erste gesamtdeutsche Programm nach Gründung der Bundesrepublik. Es beschreibt den rasanten Wandel zu Beginn des neuen Jahrhunderts und formuliert politische Antworten auf Grundlage der sozialdemokratischen Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Der vorliegende Entwurf wird abschließend auf dem Bundesparteitag der SPD in Hamburg vom 26. bis 28. Oktober 2007 beraten. Mit dem „Hamburger Programm“ stellt die SPD die Weichen für Soziale Demokratie im 21. Jahrhundert.



Bremen, im Januar 2007

Anmerkung: Diese Vorbemerkung wird in der Endfassung auf dem Bundesparteitag durch eine Präambel ersetzt.

1. Die Zeit, in der wir leben

Das 21. Jahrhundert ist das erste wirklich globale Jahrhundert. Nie zuvor waren die Menschen weltweit so sehr aufeinander angewiesen. Mit dem Zusammenbruch des Kommunismus und dem Glück der Deutschen Einheit wurden die Zweiteilung unseres Landes und die politische Spaltung der Welt überwunden. Seither erleben wir den tiefsten geschichtlichen Umbruch seit der industriellen Revolution – politisch und wirtschaftlich, sozial und kulturell. Wissenschaft und Technik treiben den Wandel voran. Die Zukunft verheißt große Chancen und birgt zugleich Gefahren.

Digitalisierte Medien und andere technologische Entwicklungen haben die Bedeutung von Raum und Zeit revolutioniert. Immer mehr Menschen können via Internet in Sekundenbruchteilen überall auf der Welt miteinander kommunizieren. Informationen und Wissen sind an fast jedem Ort der Erde per Knopfdruck verfügbar. So entsteht zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit eine globale Wirtschaft mit einer weltweiten Arbeitsteilung.

Die Welt wächst zusammen

Die Globalisierung schafft Wachstum und Zukunftsperspektiven für die Menschen in reichen und armen Ländern. Und sie bietet die konkrete Chance, Krieg und Hunger, Krankheit und Armut zu überwinden. Noch leben Menschen in vielen Teilen der Welt in bitterer Not. Aber in China, Indien und vielen anderen Schwellenländern sind eine dynamische Entwicklung und zunehmender Wohlstand zu beobachten. Der wachsende Welthandel bringt unzähligen Menschen lang ersehnte Arbeit in neu entstehenden Fabriken und Labors.

Der globalisierte Kapitalismus darf jedoch nicht sich selbst überlassen werden. Er lässt alte Ungerechtigkeiten bestehen und schafft darüber hinaus neue Bedrohungen für Freiheit und Gerechtigkeit, Gesundheit und Leben.

Die Lebensbedürfnisse von sechs Milliarden Menschen, davon immer mehr in industriellen Gesellschaften, drohen die ökologische Belastbarkeit der Erde deutlich zu überschreiten. Ein wachsender Teil der Weltbevölkerung leidet an den Folgen der Erwärmung der Erdatmosphäre, unter Wüstenbildung und Wasserknappheit. Menschen aus Regionen, in denen ökologische Bedingungen zu Hunger führen, wandern in weniger gefährdete Teile der Welt. Der Schutz des Klimas und die friedliche Lösung der heraufziehenden Konflikte um knappe Ressourcen und Rohstoffe zählen zu zentralen Herausforderungen im 21. Jahrhundert. Das Ende des Ölzeitalters rückt näher. Mit einer massiven Steigerung der Ressourcenproduktivität und dem konsequenten Umstieg auf erneuerbare Energien haben wir die Chance, dieser Entwicklung entgegen zu wirken.

Im selben Maße, wie die Welt zusammenwächst, wird sie verwundbar wie nie zuvor – politisch, ökonomisch und ökologisch. In manchen Kontinenten zerfallen Staaten, und es entstehen Brutstätten für Anarchie und Terrorismus. Religiöse und politische Fundamentalisten teilen die Welt in Gut und Böse. Das bedroht den Frieden. Die zunehmende Verbreitung von Massenvernichtungswaffen löst neue Konflikte aus.

Das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zusammenwachsen der Welt bringt das politische System der Nationalstaaten unter erheblichen Veränderungsdruck. Die wirtschaftliche Macht konzentriert sich in global agierenden Unternehmen. Investitionsentscheidungen werden im weltweiten Maßstab getroffen. Multinationale Konzerne planen ihre Gewinnstrategien weltweit, unterlaufen demokratische Aufsicht und Regulierung und erzwingen politische Entscheidungen auf Kosten der Gesellschaft. Zentrale Entwicklungen lassen sich nur noch mit gemeinsamen Entscheidungen vieler Staaten beeinflussen. Europa ist auf diesem Weg weit fortgeschritten.

Nach zwei mörderischen Weltkriegen und dem Holocaust haben die Völker Europas einen Kontinent des Friedens und der offenen Grenzen geschaffen. Die friedlichen Revolutionen von 1989 haben die Spaltung Europas in Ost und West überwunden. Die Deutsche Einheit hat Freiheit und Demokratie für unser ganzes Land gebracht. Auch wirtschaftlich ist die Entwicklung der neuen Bundesländer dank der Anstrengungen der Menschen in Ostdeutschland und der Solidarität zwischen West und Ost vorangekommen. Nicht nur in Deutschland, fast überall in Europa genießen die Menschen Wohlstand und Lebensqualität wie nie zuvor.

Aber zugleich durchlebt Europa bei den Bürgerinnen und Bürgern eine Vertrauenskrise. Die Menschen in den europäischen Staaten, auch in Deutschland, verlangen mehr Rücksichtnahme auf soziale Belange, mehr Respekt vor den nationalen Identitäten und kulturellen Traditionen. Sie drängen auf eine verantwortungsvolle Steuerung der Einwanderung und ein überlegtes Vorgehen bei der Erweiterung der Europäischen Union.

Unser Europa ist nicht nur eine Friedensmacht, sondern auch ein zukunftsfähiges Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell. Das vereinte Europa ist das erste erfolgreiche Projekt, bei dem Nationalstaaten ihre Interessen bündeln und freiwillig auf zentrale Souveränitätsrechte verzichtet haben, um gemeinsam zu handeln. Darum schauen so viele Regionen der Welt mit Interesse und Bewunderung auf Europa.

Die beschleunigte Wirtschaft und der Umbruch der Arbeitswelt

Deutschland gehört zu den Gewinnern der Globalisierung. Drei Milliarden neue Teilnehmer an der Weltwirtschaft sind nicht nur drei Milliarden mögliche Konkurrenten um Arbeitsplätze, sondern auch drei Milliarden neue

Konsumenten. Die deutsche Wirtschaft hat dank großer Wettbewerbsvorteile vor allem in der Industrie riesige Chancen. Schon in den vergangenen Jahrzehnten haben wir unseren Wohlstand auf dem Freihandel mit anderen Nationen gegründet. Den Großteil unserer Exportwaren liefern wir in die Staaten der Europäischen Union und nach Nordamerika. Unsere Ausfuhren nach Osteuropa haben einen wachsenden Anteil. Russland, China und Indien sind für uns noch kaum erschlossene Zukunftsmärkte.

Aber nicht jeder Mensch in unserem Land hat gewonnen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erleben, wie selbst florierende Unternehmen verlagert werden. Anonyme Fondsmanager kaufen und verkaufen Firmen wie Händler ihre Ware auf dem Großmarkt – nicht immer zum Wohle dieser Firmen, ihrer Belegschaften und ihrer Lieferanten und Kunden. Dem Finanzkapital erschließen sich durch die Integration neuer Märkte und neuer Technologien immense Renditemöglichkeiten. Die Logik des schnellen Profits und überzogener Renditeforderungen führt allzu oft dazu, dass langfristige Investitionen in neue Arbeitsplätze ausbleiben. Diese Form der Globalisierung droht die Gesellschaft zu spalten: In jene, die mit ihrem Vermögen auf den Finanzmärkten profitieren und jene, die die Folgekosten zu tragen haben.

Der Fortschritt durch technische Innovationen ersetzt schwere körperliche Arbeit und ermöglicht Chancen für einen neuen Wohlstand. In der Medizin können wir Krankheiten besiegen, die früher als unheilbar galten. Die durchschnittliche Lebenserwartung der Menschen steigt beständig an. Neue Produkte, Verfahren und Methoden helfen, kostbare Rohstoffe und Energie zu sparen.

Unsere Arbeitsgesellschaft befindet sich in einem tief greifenden Wandel. Der Wettbewerb wird unter den Bedingungen der Globalisierung schärfer, das Tempo der Innovationen steigt und die Vielfalt der Beschäftigungsformen nimmt zu. Qualifikation und Wissen werden immer wichtiger. Neue kreative Berufe entstehen. Das traditionelle Normalarbeitsverhältnis – unbefristet und mit geregelten Arbeitszeiten – verliert an Bedeutung. Das Arbeitsleben vieler Menschen ist von einem Wechsel zwischen abhängiger Beschäftigung, Nichterwerbstätigkeit, Phasen der Familienarbeit und Selbständigkeit bestimmt. Der Wandel der Arbeitsgesellschaft ist gestaltbar. Aber der Sozialstaat ist auf die neuen Formen der Arbeit noch nicht genügend eingestellt.

In der eng verflochtenen Welt des 21. Jahrhunderts haben viel mehr Menschen und Ereignisse direkten Einfluss auf unser Leben – selbst wenn sie nach unserem gewohnten Verständnis weit entfernt sind. Darum erscheint uns die Welt immer schneller, komplexer und unübersichtlicher. Wenn Milliarden Menschen in Rekordgeschwindigkeit miteinander kommunizieren, wächst nicht nur das Stimmengewirr, sondern auch die Schwierigkeit, das Wichtige vom Unwichtigen zu unterscheiden.

Viele fühlen sich vom schnellen Takt der Zeit und von den neuen Möglichkeiten überfordert. Sie fürchten, abgehängt und von der Politik vernachlässigt oder gar vergessen zu werden. Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Menschen mit geringer Qualifikation werden überdurchschnittlich oft vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen. Auch Frauen haben trotz bester Bildungsabschlüsse immer noch keinen fairen Zugang zum beruflichen Aufstieg und häufig auch nicht zu Existenz sichernder Erwerbsarbeit. Wer Arbeit hat, sieht seine Lebensqualität häufig durch steigenden Druck, mehr Konkurrenz und das Verlangen nach permanenter Verfügbarkeit bedroht.

Lebensqualität ist für die Menschen in Europa mehr als die Jagd nach Wohlstand. Die Menschen streben nach intakten Gemeinschaften, in denen es friedlich, gerecht und solidarisch zugeht, in denen die Geschlechter gleiche Chancen und gleiche Rechte haben. Mit dem Sinn des Lebens verbinden die meisten den Wunsch, Anerkennung zu finden und gebraucht zu werden – nicht nur im Beruf. Sie wollen sich Zeit nehmen, um Beziehungen zu ihrer Familie, zu ihren Kindern und Freunden zu pflegen. Ein Leben ausschließlich nach der Stoppuhr, nach dem Rhythmus der neuen Verhältnisse, steht dazu im Widerspruch. Wir glauben, dass die soziale Kraft einer Gesellschaft mindestens genauso viel wiegt wie andere Standortvorteile.

Die sozialen Fragen unserer Zeit

Nach dem Zweiten Weltkrieg haben Sozialdemokratie, Gewerkschaften und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik große Fortschritte erstritten. Niemals zuvor konnten so viele Menschen am kulturellen und sozialen Leben teilnehmen. Und die soziale Absicherung hat ein hohes Niveau erreicht.

Einige dieser Erfolge sind jedoch gefährdet. Der Abstand zwischen Armen und Reichen vergrößert sich wieder. Und Menschen mit geringen Qualifikationen oder mit besonderen Schwierigkeiten, einen Arbeitsplatz zu finden, drohen von den Chancen der Zukunft abgekoppelt zu werden. Die Erfüllung des Versprechens, durch Arbeit für sein eigenes Leben zu sorgen, erscheint vielen gefährdet. Dies betrifft besonders viele Menschen in den neuen Bundesländern. Die meisten Einwandererfamilien oder allein erziehende Mütter und Väter kämpfen hart für ihren Lebensunterhalt und für eine gute Entwicklung ihrer Kinder. Aber manche leben schon in dritter Generation von Sozialtransfers. Armut vererbt sich häufig, weil viel zu viele Eltern keine Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt haben und Kinder nicht ausreichend gefördert werden. Die Chancen auf eine gute Bildung hängen in Deutschland stärker als anderswo von der Herkunft der Eltern ab. Die Leiter zum sozialen Aufstieg ist für viele nicht aufgestellt.

Chancengleichheit gründet sich im heraufziehenden Wissenszeitalter noch stärker als früher auf eine gute Bildung. Dies ist der Schlüssel für eine

berufliche Karriere und für ein selbst bestimmtes Leben. Wissen und Kompetenzen müssen früh erworben und später immer wieder aufgefrischt werden – im Kindergarten, in der Schule und in späteren Lebensabschnitten. Eine erstklassige Bildung für alle wird zur Grundlage, um gesellschaftliche Spaltungen zu verhindern und Armut zu überwinden.

Auf dem Weg der Gleichstellung von Frauen und Männern ist unsere Gesellschaft weit vorangekommen. Aber noch immer können viele ihre Lebensentwürfe nicht verwirklichen. Frauen und Männer wollen beruflich vorankommen und zugleich Verantwortung für Kinder und Familie übernehmen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist allerdings immer noch fast ausschließlich ein Problem der Mütter.

In vielen Teilen der Welt, auch in Deutschland, leben die Menschen länger. Seit den 60er Jahren ist die Lebenserwartung bei uns um zehn Jahre gestiegen. Das ist ein großes Geschenk: Viele haben die Chance, auch nach der Erwerbstätigkeit noch einen ausgedehnten Lebensabschnitt zu genießen. Der demografische Wandel verlangt aber auch ein neues Bild des Alters. Die ältere Generation wird für die aktive Gestaltung der Gesellschaft künftig stärker gebraucht. Auch die familiären Strukturen verändern sich. Kinder und Enkelkinder leben nicht unbedingt dort, wo ihre Eltern und Großeltern leben, die Zahl der Singlehaushalte - auch bei Älteren - steigt. Mehr Menschen werden im hohen Alter auf die Hilfe der Gesellschaft angewiesen sein.

Gleichzeitig erfüllen sich immer weniger junge Männer und Frauen ihren Kinderwunsch. Dies führt zu drastischen Veränderungen in allen Bereichen des Alltagslebens, von der Arbeitswelt über die Sozialsysteme bis zur Leistungsfähigkeit ganzer Regionen. Abwanderung junger Menschen, Rückgang der Bevölkerung und Alterung ganzer Regionen sind bisweilen schmerzhafteste Prozesse. Der schnelle demografische Wandel ist nicht nur in Ostdeutschland Realität. Keine Region aufzugeben heißt, Menschen vor Ort dabei zu unterstützen, ihre Heimat lebenswert zu gestalten.

Religionen und Kulturen sind zunehmend weltweit verbreitet und vernetzt. Die Menschen finden heute an fast allen Orten der Welt Angehörige ihrer Kultur, Waren aus ihrer Heimat und Medien, mit denen sie den Kontakt zu ihren Herkunftsländern lebendig halten. Und in ihren Heimatländern begegnen sie Angehörigen anderer Kulturen. Besonders wo soziale Gegensätze aufeinanderprallen, kann das Nebeneinander von unterschiedlichen Kulturen sowie mangelndes Verständnis für das Fremde zu Misstrauen und Konflikten führen. Ein friedliches Miteinander erfordert mehr Wissen über andere Traditionen, Kooperationsbereitschaft und gegenseitigen Respekt. Keine Religion und Kultur darf Gewalt als Mittel zur Durchsetzung von Interessen propagieren.

Unsere Städte und Gemeinden sind durch wirtschaftlichen und technologischen Wandel, demografische Entwicklung und soziale Integrationsaufgaben

besonders gefordert. Zugleich nehmen die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger zu. Angesichts der Globalisierung wächst die Bedeutung der Kommunen als Orte, in denen Menschen Zusammengehörigkeit und Zugehörigkeit erfahren.

Politik im Wandel

Im 21. Jahrhundert haben sich die Bedingungen für politische Institutionen und Parteien verändert. Ihre Gestaltungsmacht ist infrage gestellt, weil Grenzen an Bedeutung verloren haben. Wo sich die unterschiedlichsten Lebensstile herausbilden und immer mehr Akteure Einfluss nehmen, lösen sich viele Menschen von traditionellen Parteibindungen. Weil die demokratischen Parteien auf die gesellschaftliche Gestaltung durch Gesetzgebung zielen, unterscheiden sie sich von anderen Organisationen politischer Mitwirkung. Dieses ist ihre unverwechselbare wie unverzichtbare demokratische Legitimation und Verantwortung. Das bleibt so, auch wenn die Parteien an Vertrauen und Ansehen eingebüßt haben.

Vertrauen und Ansehen müssen und können immer wieder neu gewonnen werden, in dem wir überzeugende Handlungskonzepte entwickeln. Denn wir erleben kein unpolitisches Zeitalter. Die Sehnsucht der Menschen nach politischer Orientierung ist groß. Menschen wollen mitgestalten und an einer verständlichen Politik teilhaben. Viele engagieren sich in Parteien, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, Bürgerinitiativen, Interessengruppen, oft weltweit vernetzt. Für die politische Beteiligung sind die Möglichkeiten der neuen Medien eine große Chance: Noch nie konnten so viele Menschen ihre politische Meinung vernehmbar äußern und am politischen Gestaltungsprozess aktiv teilhaben.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind überzeugt: Wir haben es selbst in der Hand, die Zukunft friedlich, gerecht und solidarisch zu gestalten. Dazu brauchen wir eine klare, immer wieder erneuerte Analyse der Zeit. Es gibt keinen Weg zurück in die Ära der alten Industriegesellschaft und in den Nationalstaat des 20. Jahrhunderts. Wir richten den Blick nach vorn.

2. Die Grundwerte der Sozialen Demokratie

Woher wir kommen

Die deutsche Sozialdemokratie war immer Teil einer großen internationalen Bewegung. Von Anfang an war es unser Ziel, eine gemeinsame Politik in Europa und der Welt zu verwirklichen. In unserer Zeit wachsen das dafür nötige Wissen, die Einsicht und die Möglichkeiten.

Nicht erst das Berliner Programm von 1989 hat unseren Blick auf die Dimension einer zusammenwachsenden Welt gerichtet, auf Frieden und Gerechtigkeit und das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung, die die Grundlagen der menschlichen Zivilisation sichert und bewahrt. Wir arbeiten weiter am Projekt des gemeinsamen Europa, das 1925 im Heidelberger Programm eine Vision war und nun vollendet werden kann. Seit ihren Anfängen betrachtet sich die deutsche Sozialdemokratie als Teil einer Freiheitsbewegung, die in allen modernen Gesellschaften für mehr Demokratie und Gerechtigkeit eintritt. Wir sind stolz darauf, niemals Krieg, Unterdrückung oder Diktatur über unser Volk gebracht zu haben. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben das Frauenwahlrecht in Deutschland erkämpft. Mit der Wiedergründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR haben sich mutige Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Solidarität mit den mittelosteuropäischen Bürgerbewegungen zur Freiheit bekannt.

Die SPD kann auf die Erfahrung von anderthalb Jahrhunderten zurückschauen: Vom Einsatz für die wirtschaftlichen und politischen Rechte der Arbeiterinnen und Arbeiter im 19. Jahrhundert bis zur Übernahme nationaler Regierungsverantwortung in der Weimarer Republik, vom Widerstand gegen den Nationalsozialismus bis zum politischen Kampf gegen den Kommunismus, vom Aufbau des demokratischen und sozialen Rechtsstaates in der Bundesrepublik bis zur Erneuerung des wieder vereinten Deutschlands am Ende des 20. Jahrhunderts. Auf diesem langen Weg sind viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Opfer von Verfolgung und Mord geworden. Sie bleiben uns eine dauerhafte Mahnung und Verpflichtung.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben die Geschichte unseres Landes, seine politische und soziale Kultur entscheidend geprägt. In der SPD haben sich Frauen und Männer unterschiedlicher weltanschaulicher Überzeugungen, Glaubenshaltungen und Herkunft zusammengefunden. So wurde die SPD die linke Volkspartei, als die sie sich seit dem Godesberger Programm von 1959 versteht. Sie hat Impulse und Ideen verschiedener geistiger Strömungen und politischer Bewegungen aufgenommen: des Christentums und des Humanismus, der Aufklärung, des Sozialismus und der Gewerkschaften, der Frauenbewegung und der Neuen Sozialen Bewegungen.

Wir wissen

- dass Not und Furcht nicht durch diktatorische Mittel, sondern nur durch die Menschen selbst in freier Entscheidung und gemeinsamer Anstrengung überwunden werden können,
- dass wir solidarisch handeln müssen, wenn wir Erfolg haben wollen,
- dass wir Visionen brauchen, um konsequente Reformen voranzubringen,

- dass Freiheit und Sicherheit zusammen gehören und dass wir beides zugleich anstreben müssen,
- dass wir in kultureller Vielfalt leben und unsere Partner überall auf der Welt finden,
- dass wir die Ergebnisse unserer Politik immer wieder selbstkritisch überprüfen müssen.

Unser Bild vom Menschen

Die gleiche Würde aller Menschen ist Ausgangspunkt und Ziel unserer Politik. In unserem Bild vom Menschen vereinen sich humanistische und religiöse Vorstellungen mit Ideen der Aufklärung.

Menschen tragen verschiedene Möglichkeiten in sich. Sie sind weder zum Guten noch zum Bösen festgelegt. Sie sind vernunftbegabt und lernfähig. Daher ist Demokratie möglich. Sie sind fehlbar, können irren und in Unmenschlichkeit zurückfallen. Darum ist Demokratie nötig. Jeder Mensch trägt Verantwortung für sein Leben. Niemand kann oder soll sie ihm abnehmen. Unser Verständnis von Politik widerspricht jedem Allmachtsanspruch über die Menschen. Wenn Politik selbst Glück und Erfüllung verspricht, läuft sie Gefahr in totalitäre Herrschaft abzugleiten.

„Frei und gleich an Würde und Rechten“, wie es in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte heißt, soll jeder Mensch sein Leben in Gemeinschaft mit anderen selbst bestimmen können. Wir streben eine Gesellschaft an, in der jeder Mensch seine Persönlichkeit in Freiheit entfalten kann, ohne die Würde und Freiheit anderer zu verletzen. Wir widersetzen uns jeder Form der Diskriminierung. Die Würde des Menschen ist unabhängig von seiner Leistung und seiner wirtschaftlichen Nützlichkeit. Darum ist die Gesellschaft bei Behinderung, im Alter, am Lebensanfang und am Lebensende zum Schutz der Menschenwürde besonders verpflichtet.

Unsere Grundwerte

Freiheit und Gleichheit, die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger gegenüber obrigkeitlicher Willkür und ihre Gleichheit unabhängig von Stand, Religion, Herkunft und Geschlecht – das sind die beiden Grundorientierungen der politischen Moderne. Die Verbindung von Freiheit und Gleichheit bildet die Grundlage für unser Verständnis von Gerechtigkeit.

Das sozialdemokratische Verständnis von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität erhielt ihren besonderen Sinn in den politischen und sozialen Auseinandersetzungen des 19. und 20. Jahrhunderts. Es ging darum, neben den rechtlichen auch die materiellen Voraussetzungen der Freiheit, neben der

Gleichheit des Rechts auch die Gleichheit der politischen und ökonomischen Teilhabe und der grundlegenden Lebenschancen, also soziale Gerechtigkeit, zu erkämpfen.

Freiheit bedeutet die Möglichkeit, selbst bestimmt leben, Autor des eigenen Lebens sein zu können. Die freie Entfaltung der Persönlichkeit hat Voraussetzungen: Dazu zählt die Abwehr von Willkür und Unterdrückung ebenso wie der Zugang zu den sozialen, ökonomischen, kulturellen und politischen Bedingungen der Freiheit. Die Teilhabe an der Gesellschaft und die individuelle Bereitschaft zu verantwortlicher Gestaltung des eigenen wie des gemeinschaftlichen Lebens sind gleichermaßen Voraussetzungen von Freiheit. Die Freiheit des Einzelnen endet dort, wo sie die Freiheit eines Anderen verletzt.

Gerechtigkeit ist Ausdruck der gleichen Würde jedes Menschen. Sie bedeutet gleiche Freiheit und gleiche Chancen unabhängig von Herkunft oder Geschlecht. Für eine wirklich gerechte Gesellschaft reicht die Gleichheit der Bürgerinnen und Bürger vor dem Gesetz nicht aus. Gerechtigkeit verlangt vielmehr, dass alle Menschen die gleichen Chancen haben, ihre Fähigkeiten zu entfalten. Sie verlangt, dass alle die gleichen Möglichkeiten erhalten, an Bildung, an Arbeit, an sozialer Sicherheit, an Kultur und Demokratie teilzuhaben. Immer noch ist unsere Gesellschaft durch Privilegien gekennzeichnet. Die ungerechte Verteilung von Einkommen, Vermögen und Chancen teilt die Gesellschaft in solche, die über andere verfügen, und solche, über die verfügt wird und deren Selbstbestimmung und politische Mitwirkung rasch an Grenzen stoßen. Das beeinflusst auch die Willensbildung in Politik und Staat. Gleiche Lebenschancen bedeuten nicht Gleichförmigkeit, sondern Entfaltungsraum für individuelle Neigungen und Fähigkeiten. Menschen sind verschieden. Aber natürliche Ungleichheiten und soziale Herkunftsunterschiede dürfen nicht zum sozialen Schicksal werden. Lebenswege dürfen nicht von vorneherein festgelegt sein. Deshalb erfordert Gerechtigkeit mehr Gleichheit in der Verteilung von Einkommen, Eigentum und Macht. Eine gerechte Politik garantiert gleiche Zugangsmöglichkeiten zu öffentlichen Gütern, Chancengleichheit und eine der Leistung angemessene Einkommens- und Vermögensverteilung. Die Leistung eines jeden Menschen muss anerkannt und respektiert werden. Wer durch Einkommen und Vermögen Vorteile genießt, muss angemessen zum Wohl der Gesellschaft beitragen: Eigentum verpflichtet. Gerechte Politik respektiert die Unterschiede der Lebensformen, des Glaubens, der Weltanschauung und der Kultur. Sie gewährleistet, dass jeder Mensch, ganz gleich was er leisten kann, frei von Not leben und am gesellschaftlichen Leben teilhaben kann.

Solidarität bedeutet wechselseitige Verbundenheit, Zusammengehörigkeit und Hilfe. Sie ist die Bereitschaft der Menschen, füreinander einzustehen und sich gegenseitig zu helfen, zwischen Starken und Schwachen, zwischen Generationen, zwischen den Völkern. Solidarität schafft Macht zur Veränderung. Das ist die Erfahrung der Arbeiterbewegung. Solidarität ist eine

starke Kraft, die unsere Gesellschaft zusammenhält – in spontaner und individueller Hilfsbereitschaft, mit gemeinsamen Regeln und Organisationen, im Sozialstaat als politisch verbürgter und organisierter Solidarität.

Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität bilden eine Einheit. Sie sind gleichrangig und gleichwertig. Sie bedingen, begrenzen und ergänzen einander. Wir verteidigen ein Grundwerteverständnis, das Freiheit nicht auf die Freiheit des Marktes, Gerechtigkeit nicht auf den Rechtsstaat, Solidarität nicht auf Armenfürsorge reduziert.

Die Soziale Demokratie

Die Sozialdemokratie will die gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen, garantiert durch die Grundrechte und orientiert an der Idee der solidarischen Bürgerschaft. Wir können die Verhältnisse durch gemeinschaftliches und solidarisches Handeln verbessern.

Wir sind uns einig in dem Ziel, für alle Menschen ein Leben in Freiheit, ohne Ausbeutung, frei von Gewalt und Unterdrückung zu ermöglichen. Im Bewusstsein, dass das Streben nach einer unseren Grundwerten entsprechenden Gesellschaft eine dauernde Aufgabe ist, bekennen wir uns zu der unsere Geschichte prägenden Idee des demokratischen Sozialismus. Er ist kein Dogma und beschreibt keinen Endzustand, sondern die Vision einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft, für deren Verwirklichung wir auch weiterhin eintreten. Die Arbeit für dieses Ziel und das Prinzip unseres Handelns ist die Soziale Demokratie. Denn nichts kommt von selbst und jede Zeit verlangt ihre eigenen Antworten.

3. Soziale Demokratie im 21. Jahrhundert

Unter den Bedingungen der Zeit, in der wir leben, gewinnt die Idee der Sozialen Demokratie neue Bedeutung. Das Zeitalter der Globalisierung ist Ergebnis menschlichen Handelns und kann deshalb durch demokratische Politik gestaltet werden. Unsere Gesellschaft steht vor der Wahl:

Entweder wir lassen dem Wandel unserer Zeit freien Lauf – oder wir gestalten ihn im Sinne unserer Grundwerte.

Entweder wir beschränken uns auf die bloße Verteidigung des Bestehenden – oder wir bringen die Potenziale unserer Gesellschaft zu ihrer vollen Entfaltung.

Entweder wir lassen zu, dass die ökologische Krise die Grundlagen unserer Zivilisation zerstört – oder wir schaffen die Wende zu einer nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensweise.

Entweder wir lassen es zu, dass die Kluft zwischen Reich und Arm, zwischen Privilegierten und Benachteiligten immer größer wird – oder wir betreiben eine Politik, die soziale Gegensätze verringert und die allen Menschen die Chance auf eine selbst bestimmte Lebensgestaltung eröffnet.

Welchen Weg wir einschlagen – das wird über die Lebensqualität, den Wohlstand und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft entscheiden. Fortschritt braucht Soziale Demokratie. Dafür wollen wir die Menschen gewinnen.

Den politischen Streit mit den Gegnern der Sozialen Demokratie führen wir mit großem Selbstbewusstsein. Heute müssen wir uns vor allem mit drei politischen Strömungen innerhalb des demokratischen Meinungsspektrums auseinandersetzen, die auf je andere Art verhindern, dass die Menschen ihre Potentiale bestmöglich ausschöpfen können:

Konservative halten an überkommenen Privilegien fest und berufen sich auf angeblich natürliche Ungleichheiten, um anderen Menschen den Zugang zu Lebenschancen, Aufstiegsmöglichkeiten und Wohlstand zu verwehren.

Marktradikale predigen Freiheit und Wettbewerb, aber erkennen nicht, dass eine dynamische Gesellschaft der Freien und Gleichen immer soziale Voraussetzungen hat. Sie kann nur dort gedeihen, wo gestaltende Politik die Bedingungen für die Teilhabe und Leistung aller Menschen immer wieder erneuert.

Populisten leugnen veränderte Realitäten und klammern sich an überkommene nationalstaatliche Instrumente. Sie gaukeln den Menschen vor, ein Ausstieg aus der Wirklichkeit unserer Zeit sei möglich – verbauen ihnen aber gerade dadurch die Zukunft.

Einig sind wir uns mit allen Demokraten darin, den Grundkonsens unserer freiheitlichen Demokratie gegen alle Feinde der offenen und toleranten Gesellschaft zu verteidigen. Deshalb werden wir entschlossen und gemeinsam gegen rechtsextremistische, antisemitische, menschen- und verfassungsfeindliche Bestrebungen jeder Art vorgehen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stellen uns der Realität: Die Welt, Europa, unser eigenes Land verändern sich in schnellem Tempo, wir erleben es tagtäglich bis hinein in unsere Stadtviertel, Gemeinden, Betriebe oder Schulen. Wollen wir erreichen, dass die Werte und Ziele der Sozialen Demokratie auch das 21. Jahrhundert prägen, dann kommt es darauf an, die vielfältigen Chancen der Veränderung unerschrocken zu ergreifen. Nur wer handelt, schafft die Voraussetzungen dafür, dass wir die neuen Risiken und Gefahren unserer Zeit meistern können.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts stellen wir uns vier großen Aufgaben:

- Wir wollen die **Globalisierung freiheitlich, gerecht und solidarisch gestalten**. Dafür müssen wir politische Handlungsmacht zurückgewinnen. Das erfordert ein starkes und soziales Europa ebenso wie eine globale Verantwortungsgemeinschaft von Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik.
- Wir wollen eine **Politik der neuen Wertschöpfung**. Sie ermöglicht qualitatives Wachstum, Wohlstand und Arbeit für alle sowie die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen. Die Soziale Marktwirtschaft der Zukunft muss offensiv neue Märkte erschließen, den technischen Fortschritt in den Dienst der Menschen und der Umwelt stellen und fairen Wettbewerb garantieren.
- Wir wollen den **Vorsorgenden Sozialstaat**, der Chancen für ein selbst bestimmtes Leben schafft, gerechte Teilhabe und sozialen Aufstieg ermöglicht und durch Solidarität Sicherheit gewährleistet.
- Und wir wollen auf allen Ebenen die riesigen Potenziale und Kräfte der Selbstorganisation einer **Aktiven Bürgergesellschaft** stärken.

Diese Vorhaben bestimmen die Idee der Sozialen Demokratie für das 21. Jahrhundert. In ihrer Einheit stellen sie nicht Ökonomie gegen Ökologie, nicht Staat gegen Bürger, nicht Leistung gegen Solidarität. Sie überwinden alte Gegensätze im Interesse der Menschen.

4. Unsere Ziele, unsere Politik

4.1 Eine friedliche, freie und gerechte Weltordnung

Die internationale Politik der deutschen Sozialdemokratie dient dem Ziel, Konflikte zu verhindern und Frieden zu schaffen. Unsere Prinzipien dafür sind Verständigung und internationale Solidarität. Wir setzen auf Dialog, den fairen Ausgleich unterschiedlicher Interessen und auf die Idee, die Macht dem Recht unterzuordnen. Die SPD ist die Friedenspartei in Deutschland und Europa.

Diese Zielrichtung der internationalen Politik der Sozialdemokratie ist für das anbrechende globale Zeitalter notwendiger denn je. Die Menschheit kann zum ersten Mal in ihrer Geschichte zentrale Probleme nur noch gemeinsam lösen. Darum arbeiten wir für die Entwicklung einer gemeinsamen Weltinnenpolitik mit starken Vereinten Nationen und einer gerechten Weltwirtschaftsordnung.

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts hat sich noch keine neue Sicherheitsarchitektur für das globale Zeitalter herausgebildet. Die USA sind heute die einzige militärische Supermacht - aber auch sie ist auf internationale

Kooperation angewiesen. Neue Mächte drängen auf die Weltbühne und beanspruchen dort ihre Rolle. Deshalb brauchen wir eine vorausschauende internationale Politik, die neue Entwicklungen frühzeitig erkennt und im Geist von Verständigung und gerechtem Ausgleich gestaltet.

Die Sozialdemokratie ist sich der gewachsenen Verantwortung Deutschlands für den Frieden in der Welt bewusst. Wir nehmen diese aktive internationale Rolle an und wollen uns nach Kräften dafür engagieren. Dabei stimmen wir uns mit unseren Partnern eng ab und handeln gemeinsam mit internationalen Institutionen. Deutsche Interessen in der Welt können wirksam nur noch gemeinsam mit unseren Partnern in der Europäischen Union zur Geltung gebracht werden.

Sozialdemokratische Politik stellt die Würde jedes einzelnen Menschen in den Mittelpunkt. Das Grundgesetz, die Europäische Grundrechtecharta und das internationale Recht bilden die Leitschnur unserer internationalen Politik. Unser Handeln beruht auf den Menschenrechten, wie sie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte und dem Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte formuliert worden sind.

Die Unteilbarkeit und universelle Geltung aller Menschenrechte ist für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht verhandelbar. Wir wollen das absolute Folterverbot und das humanitäre Völkerrecht auch unter veränderten nationalen und globalen Rahmenbedingungen durchsetzen und verteidigen. Wir wollen, dass Frauen auf der ganzen Welt selbst bestimmt und frei von Gewalt und Diskriminierung leben können. Ohne die gleichberechtigte Teilhabe der Frauen ist weder Demokratie, noch globale Gerechtigkeit oder nachhaltige Entwicklung möglich.

Nicht das Recht des Stärkeren, sondern die Stärke des Rechts schafft internationale Sicherheit. Deshalb arbeiten wir weiter an einer gerechten internationalen Rechtsordnung, die allen Menschen ein würdiges und selbst bestimmtes Leben ermöglicht. Wir legen unserer internationalen Politik einen umfassenden Sicherheitsbegriff zugrunde. Sicherheit für alle Menschen setzt Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit, Demokratie, soziale, wirtschaftliche, kulturelle und nachhaltige Entwicklung voraus. Deshalb treten wir für Multilateralismus und für gleiche Entwicklungschancen in einer gerechten Weltwirtschaftsordnung ein.

Wir begegnen anderen Völkern mit Freundschaft, Offenheit und Respekt. Zum kulturellen Erbe der Menschheit haben viele Zivilisationen ihren Beitrag geleistet, den wir anerkennen. Denjenigen, die einen Kampf der Kulturen beschwören, erteilen wir eine klare Absage. Wir wollen das Wissen über andere Kulturen und Religionen deutlich erweitern. Wir bekennen uns zu einer aktiven auswärtigen Kulturpolitik, die Interesse und Verständnis für unser Land weckt und den Dialog mit anderen Kulturen fördert.

Deutschland steht wegen seiner Geschichte in besonderer Verantwortung für Frieden und Verständigung. Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen. Wir verpflichten uns zur Verantwortung gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus und zu einer lebendigen Erinnerungskultur.

Die Sozialdemokratie bekennt sich zur besonderen Verantwortung Deutschlands für das Existenzrecht Israels. Auch deswegen engagieren wir uns für einen umfassenden Frieden im Nahen Osten auf der Grundlage internationaler Übereinkünfte. Wir setzen uns für die Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes und die Schaffung eines lebensfähigen palästinensischen Staates ein.

Die SPD will die transatlantische Partnerschaft erneuern. Deutschland, Europa und die Vereinigten Staaten von Amerika teilen gemeinsame Werte. Auf dieser Grundlage arbeiten Europa und Nordamerika auch in der NATO eng zusammen. Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus braucht das transatlantische Bündnis jedoch ein neues, am globalen Zeitalter ausgerichtetes Fundament. Wir wollen die Suche nach einem gemeinsamen Verständnis von Werten intensivieren und das Bewusstsein für unsere gemeinsamen Ziele stärken. Eine friedliche Weltordnung ist nur mit den Vereinigten Staaten erreichbar.

Die deutsch-französische Freundschaft und Zusammenarbeit war und bleibt Motor der europäischen Einigung. Nach diesem Vorbild wollen wir auch das Verhältnis zu Polen weiterentwickeln.

Die strategische Partnerschaft mit Russland ist für Deutschland und die Europäische Union unverzichtbar. Die Öffnung Russlands nach Europa sichert Frieden und Stabilität. Sie bringt den Menschen auf beiden Seiten wirtschaftliche Perspektiven. Die Partnerschaft und die weitere Entwicklung von Demokratie und Rechtsstaat in Russland gehören für uns zusammen.

Deutsche und europäische Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik muss enge Beziehungen zu den aufstrebenden Mächten in Asien, Lateinamerika und Afrika entwickeln. Dort finden wir viele Partner für den Aufbau einer multilateralen Weltordnung. Wir setzen auf faire Partnerschaft, intensive Zusammenarbeit und eine Einbindung in das Gefüge internationaler Organisationen und Institutionen.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen, dass alle Nationen, Völker und Menschen von Frieden und Wohlstand profitieren. In einer Welt mit wachsenden Abhängigkeiten voneinander werden wir kein Land und keinen Kontinent ausblenden oder vergessen.

Multilateralismus: Stärkung globaler und regionaler Kooperation

In Europa haben wir durch Verständigung und die Bündelung gemeinsamer Interessen eine beispiellose Form der transnationalen Kooperation und Partnerschaft erreicht. Europapolitik ist keine klassische Außenpolitik mehr. Auch über Europa hinaus gilt es, gemeinsame Interessen, Bündnisse und Organisationen zu stärken. Kein Staat kann im globalen Zeitalter Erfolg haben, indem er seine Interessen einseitig durchsetzt. Wir bekennen uns zum Multilateralismus durch internationale Organisationen und internationales Recht im weltweiten Rahmen. Dafür ist es unabdingbar, die internationalen Organisationen mit hinreichender Durchsetzungsmacht auszustatten. Nur sanktionsbewehrt wird das internationale Recht Verbindlichkeit gewinnen und konfliktlösend wirken können.

Deshalb wollen wir die Vereinten Nationen stärken. Wir treten dafür ein, die Vereinten Nationen zur obersten Instanz einer globalen Rechtsordnung auszubauen. Wir wollen globales Recht schaffen und durchsetzen. Dazu muss die internationale Gerichtsbarkeit gestärkt werden. Die dafür notwendigen finanziellen Mittel muss die internationale Staatengemeinschaft in ihrem eigenen Interesse aufbringen.

Um die Legitimation und Akzeptanz der Vereinten Nationen zu erhöhen, müssen deren Institutionen reformiert und demokratisiert werden. Wir wollen die Rechte der UNO-Vollversammlung stärken. Bei der Reform des UN-Sicherheitsrats ist die angemessene Beteiligung aller Kontinente sicherzustellen. Das Vetorecht einzelner Mitgliedstaaten lehnen wir ab. Deshalb brauchen wir eine Reform des UN-Sicherheitsrates einschließlich einer Überprüfung des Vetorechts für einzelne Länder. Deutschland muss in den Vereinten Nationen mehr konkrete Verantwortung übernehmen. Die SPD befürwortet einen ständigen deutschen Sitz im UN-Sicherheitsrat. Langfristig sollte die Europäische Union einen ständigen Sitz in diesem Gremium einnehmen.

Wir wollen eine stärkere Stellung des UN-Generalsekretärs, damit die Vereinten Nationen in internationalen Krisensituationen, bei drohenden Krisen oder massiven Menschenrechtsverletzungen rasch und effektiv handeln können.

Frieden und Sicherheit, der Schutz vor Seuchen und finanzielle Stabilität sind globale öffentliche Güter. Für diese Güter muss es auch eine internationale Finanzierung geben. Die Vereinten Nationen brauchen eine eigene Einnahmequelle, die sie unabhängiger macht.

Entscheidungen in internationalen Institutionen und Organisationen wie dem Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und der Welthandelsorganisation müssen sich am Maßstab der Gerechtigkeit und der Menschenrechte messen lassen, und sie müssen transparent sein. Die Stimmrechtsverteilung muss die Interessen der ärmsten Entwicklungsländer berücksichtigen.

Regionale internationale Organisationen sind ein wichtiger Ansatz zur Überwindung von Gegensätzen und Konflikten zwischen den Völkern. Der Europarat und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa haben dies mit ihrer erfolgreichen Arbeit gezeigt. Deutschland muss beide Institutionen auch künftig unterstützen. Es gilt, auch in anderen Regionen ähnliche Institutionen auf- und auszubauen.

Die Sozialdemokratie misst der Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen für die Völkerverständigung hohe Bedeutung bei. Der Internationale Gewerkschaftsbund, Nichtregierungsorganisationen und Glaubensgemeinschaften lenken immer wieder den Blick auf akute internationale Konflikte und entwickeln Lösungsansätze. Diese zivilgesellschaftlichen Gruppen und staatliche Stellen müssen daher intensiv kooperieren. Wir verstehen uns als Partnerin bürgerschaftlicher Organisationen, die sich für die Lösung globaler Probleme engagieren.

Umfassende Sicherheitspolitik

Frieden bedeutet für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten viel mehr als die Abwesenheit von Krieg. Die vorbeugende Vermeidung von Konflikten hat für uns absoluten Vorrang. Jeder Konflikt, der rechtzeitig geschlichtet werden kann, erspart den Menschen vielfaches Leid. Krisenprävention ist die effizienteste Sicherheitspolitik.

Vorausschauende Außenpolitik hat für uns viele Aspekte. Wir wollen, dass die Europäische Union sich enger mit den Nachbarregionen Europas vernetzt, um dort Frieden und gute Zukunftsaussichten für die Menschen zu fördern.

Gute Friedenspolitik gründet auf politischen Dialog, die Erarbeitung gemeinsamer Interessen und die Entwicklung von konkreten Perspektiven für die Menschen. Wir sind überzeugt, dass dauerhafter Frieden nur möglich ist, wo strukturelle Konfliktursachen wie Hunger und Ressourcenmangel überwunden werden.

Entwicklungszusammenarbeit ist für uns nicht nur ein Gebot der Menschlichkeit und der gerechten Gestaltung der Globalisierung. Wir betrachten sie als zentralen Baustein einer umfassenden Sicherheitspolitik. Darum wollen wir die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit stufenweise erhöhen. Wir wollen dafür sorgen, dass die deutschen Leistungen im Kampf gegen Armut und Unterentwicklung, gemessen am Bruttonationaleinkommen, bis 2015 auf 0,7 Prozent steigen werden. Der Kampf gegen Armut, auch durch die Bekämpfung von Korruption, der Einsatz für die Rechte der Frauen, die Förderung guter Regierungsarbeit und die systematische Entschuldung von Entwicklungsländern bleiben zentrale Ziele. Wir wollen die Mittel für zivile Krisenprävention und Krisenreaktion erhöhen und die Instrumente dieser Politik ausbauen.

Die SPD lehnt jegliche Form von Angriffs- und Präventivkriegen ab.

Wir wissen, dass es Situationen geben kann, in denen militärisches Eingreifen notwendig ist. Deutschland kann sich an diesen Missionen beteiligen, wenn sie durch ein völkerrechtlich bindendes Mandat der Vereinten Nationen legitimiert sind, der Einsatz dem deutschen Interesse nicht widerspricht und der Deutsche Bundestag zustimmt.

Konflikte können zwar militärisch entschieden, aber niemals nur militärisch gelöst werden. Deshalb werden wir darauf drängen, dass ein Einsatz der Bundeswehr stets in ein Konzept von politischen, diplomatischen, wirtschaftlichen, entwicklungspolitischen und kulturellen Maßnahmen eingebettet ist. Die militärische Option ist und bleibt für uns das letzte Mittel zur Schaffung von Frieden. Auch zur Stabilisierung des Friedens wollen wir Soldatinnen und Soldaten nur dann einsetzen, wenn andere Mittel nicht ausreichen.

Die Bundeswehr leistet bei ihren internationalen Einsätzen ausgezeichnete Arbeit. Sie genießt aufgrund ihres professionellen Einsatzes weltweit zu Recht hohes Ansehen. Eine gute Ausbildung der Soldatinnen und Soldaten ist hierfür ebenso wichtig wie eine gute Ausrüstung. Die Neuausrichtung der Bundeswehr an den Aufgaben der internationalen Krisenbewältigung werden wir fortsetzen. Deutsche Soldaten sind als Staatsbürger in Uniform auch Botschafter unseres Landes, die auf dem Wertefundament unserer Verfassung agieren müssen.

Neue Risiken

Der Terrorismus hat eine neue Dimension erreicht. Terroristische Gruppen agieren global vernetzt, schrecken nicht vor Selbstmordanschlägen zurück und streben den Besitz von Massenvernichtungswaffen an. Entstaatlichte, terroristische Gewalt bedroht die ganze Welt. Wir lehnen jegliche Rechtfertigung von Terrorismus ab. Auch wenn im Kampf gegen den Terrorismus der Einsatz von Gewalt nicht ausgeschlossen werden kann, gilt für uns: Wir wenden uns konsequent gegen die Aufweichung des Völkerrechts. Weder das absolute Folterverbot noch die Regeln zur Behandlung von Kriegs- und Strafgefangenen dürfen relativiert werden. Die Bekämpfung des Terrors, der auf dem Humus von Perspektivlosigkeit und Ohnmacht gedeiht, braucht Zeit, aber auch mehr finanzielle Mittel.

Wir haben in Europa durch fairen Interessenausgleich Frieden gesichert. Darum ist Europa jetzt besonders gefordert, diese Erfahrungen in eine neue Entspannungspolitik einzubringen.

Die Versorgungssicherheit mit Energie, Rohstoffen und Wasser wird im globalen Zeitalter zur herausragenden Frage der internationalen Sicherheit. Das Gleiche gilt für den Klimaschutz, den Schutz vor und die Bewältigung von Naturkatastrophen. Wir orientieren uns dabei an dem Aktionsprogramm

„Agenda 21“ der Vereinten Nationen. Erneuerbare Energien und die Steigerung der Energieeffizienz sind Schlüssel zu einer friedlichen Entwicklung. Mit ihrer Hilfe können wir Armut bekämpfen und Konflikten um knappe Ressourcen vorbeugen.

Der Zerfall von Staaten führt zur Ausbreitung von Anarchie und Rechtlosigkeit. Er ist eine Herausforderung für die gesamte internationale Staatengemeinschaft. Deutschland und Europa müssen bereit sein, bei der Wiederherstellung von Staatlichkeit und zivilgesellschaftlichen Strukturen Verantwortung zu übernehmen.

Abrüstung und Nichtverbreitung

Die zunehmende Verbreitung von Massenvernichtungswaffen verlangt die Renaissance einer Politik der Rüstungsbegrenzung, der effektiven Rüstungskontrolle und Abrüstung. Das ist Konfliktprävention und vorausschauende Friedenspolitik, wie wir sie verstehen, wie sie zu einem Markenzeichen der SPD geworden ist, und wie wir sie gemeinsam mit den europäischen Partnern vorantreiben wollen. Wir bekräftigen unser Ziel einer atomwaffenfreien Welt und werben dafür, die Urananreicherung unter internationale Kontrolle zu stellen. Wir setzen uns dafür ein, eine internationale rechtsverbindliche Ächtung des Einsatzes von Atomwaffen durchzusetzen. Verstärkte Anstrengungen widmen wir auch der Begrenzung und Kontrolle konventioneller Rüstungsgüter. Wir wollen ein Verbot von Landminen und Streubomben. Gerade bei der Abrüstung setzen wir darauf, bestehende multilaterale Verträge zu stärken und auszubauen.

Wir werden auch künftig sicherstellen, dass Deutschland Herstellung, Besitz und Anwendung von Massenvernichtungswaffen nicht anstrebt. Wir sind einer strengen Rüstungsexportpolitik verpflichtet. Rüstungsgüter sind keine normale Handelsware. Die Einhaltung der Menschenrechte, gute Regierungsführung und ein Verbot, Waffen in Konfliktregionen zu liefern, sind für uns maßgebliche Kriterien bei Ausfuhrgenehmigungen.

Die Globalisierung gestalten

Das Ziel der Sozialdemokratie ist eine faire Globalisierung, die den Menschen Wohlstand und Entwicklung bringt. Standortkonkurrenz zwischen Wirtschaftsräumen darf nicht zum weltweiten Druck auf Löhne, zu schlechteren Arbeitsbedingungen, Sozialleistungen und Umweltnormen führen. Das international operierende Kapital darf sich nicht seiner sozialen und ökologischen Verantwortung und seiner Steuerpflicht entziehen. Dazu bedarf es fairer und wirksamer Regeln für die Finanz-, Rohstoff- und Warenmärkte sowie international verbindlicher sozialer und ökologischer Standards für einen funktionierenden Wettbewerb. Daher wollen wir Möglichkeiten zur Steuerung

der Wirtschaften durch internationale Kooperation und Rahmensetzung zurückgewinnen und erweitern, ohne nationale Politik aus ihrer Verantwortung zu entlassen. Auf diese Weise wollen wir die Millenniumsziele der UN verwirklichen und den Weg zu einer gerechten Weltwirtschaftsordnung öffnen.

Wir brauchen auf internationaler Ebene ein Gremium, das für wirkliche Koordinierung und Kohärenz in wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Fragen sorgt. Wir brauchen deshalb bei den UN einen Globalen Rat für Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik, in dem alle Regionen und auch die internationalen Handels- und Finanzinstitutionen hochrangig vertreten sind.

Wir brauchen mehr Gerechtigkeit im Welthandel. Die Entwicklungsländer wollen keine Almosen – sie wollen gerechte Chancen auf den Märkten. Dazu müssen die Industrieländer im Rahmen der WTO ihre Märkte öffnen und die Subventionierung ihrer Agrarexporte Schritt für Schritt reduzieren und schließlich beenden.

Die wirtschaftliche Globalisierung droht das Primat demokratischer Politik in wesentlichen Bereichen auszuhöhlen. Wir wollen die Vorrangstellung der Politik verteidigen, weil nur so nationale und globale Demokratie als Ordnungsprinzip durchgesetzt werden kann.

Unkontrollierte Kapitalbewegungen auf den internationalen Finanzmärkten können ganze Volkswirtschaften gefährden. Wir streben einen wirksamen ordnungspolitischen Rahmen für die Finanzmärkte an. Wir wehren uns dagegen, dass Gewinne privatisiert werden, während die Allgemeinheit in Finanzkrisen die Verluste ausgleichen muss. Der Wettlauf der Nationalstaaten um immer niedrigere Steuern muss gestoppt werden, weil er die Grundlagen sozialer Politik gefährdet.

Um die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch international zu verteidigen, wollen wir die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) stärken. Die Kernarbeitsnormen der ILO müssen bei Entscheidungen des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank, der Welthandelsorganisation und der Vereinten Nationen stärker berücksichtigt werden. Um diese Ziele zu verwirklichen, sind freie Gewerkschaften überall in der Welt unverzichtbar.

Seuchen und Epidemien kennen keine Landesgrenzen. Wir brauchen zu ihrer Bekämpfung globale Lösungen. Der Kampf gegen Aids gehört heute zu den zentralen Herausforderungen der Menschheit.

Bei der Durchsetzung von Umwelt- und Sozialstandards beziehen wir die Macht der Verbraucher bewusst mit ein. Alle Produkte und Dienstleistungen, die nachweisbar unter Beachtung internationaler Arbeitsschutzregeln, der Kernarbeitsnormen und durch ökologisch nachhaltige Fertigung produziert und angeboten werden, sollen ein leicht erkennbares und verständliches Gütesiegel erhalten. Beim Ziel einer gerechten Globalisierung sollen auch multinationale Unternehmen in die Pflicht genommen werden. Vereinbarungen, mit denen sich

global tätige Unternehmen gegenüber ihren Beschäftigten und Kunden auf die weltweite Einhaltung grundlegender Sozialnormen verpflichten, sind ein geeignetes Instrument zur Durchsetzung von Sozialstandards. Ökologische Einsicht hat soziale Voraussetzungen. Dennoch sind wir überzeugt, dass wir ein gemeinsames Bewusstsein für die Interessen der Menschen und der Umwelt in einer global vernetzten Welt schaffen können.

4.2 Das soziale und demokratische Europa

Seit der Verabschiedung des Heidelberger Programms im Jahr 1925 kämpfen deutsche Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für die Einigung Europas. Vieles, was damals unerreichbar schien, ist heute selbstverständliche Wirklichkeit. Die europäische Einigung aus den Trümmern zweier Weltkriege hat die friedlichste Periode seit Bestehen dieses Kontinents ermöglicht. Krieg, Vertreibung und Hunger sind überwunden. Die Menschen genießen Stabilität und Wohlstand. Die Europäische Union ist ein Friedensprojekt.

Europa ist eine demokratische und soziale Wertegemeinschaft, nicht nur ein Wirtschaftsraum. Unsere Vorstellungen von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind in der Europäischen Grundrechtecharta verankert. Auf diesen Werten basiert das europäische Gesellschaftsmodell. Die europäische Politik für die Gleichstellung von Frauen und Männern und gegen Diskriminierung ist wegweisend.

Die Sozialdemokratie in Europa steht für eine Politik, die es jedem Menschen ermöglicht, sein Leben selbst in die Hand zu nehmen und durch Leistung voranzukommen. Wir stehen dafür, dass Menschen sich auf die Solidarität der Gemeinschaft verlassen können, wenn sie in Not geraten. Wir wollen ein tolerantes Europa, in dem Menschen aller Nationen, Hautfarben und Religionen miteinander leben. Die unterschiedlichen Kulturen und Traditionen sind ein Reichtum, den wir sorgsam erhalten wollen.

Die Europäische Union ist unsere Antwort auf die Globalisierung. Freiheit und Demokratie, Wohlstand und Gerechtigkeit in Deutschland können wir im globalen Zeitalter nur in der Gemeinschaft mit unseren europäischen Partnern sichern. Auf europäischer und auf internationaler Ebene bündeln wir die Kräfte, um den globalen Märkten Regeln für mehr Gerechtigkeit, für soziale und ökologische Verantwortung zu geben. Wir wollen die Europäische Union zu einer handlungsfähigen Friedensmacht fortentwickeln.

Friedensmacht Europa

Die Europäische Union arbeitet an einer Friedenspolitik, die auf Vorbeugung von Konflikten, einem umfassenden Sicherheitsbegriff und auf Multilateralismus fußt.

Damit Europa zu einer globalen Friedensmacht wird, muss die Europäische Union ihre außenpolitische Handlungsfähigkeit verbessern. Wir setzen uns für eine Stärkung der Gemeinsamen Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik ein. Die Verbesserung der sicherheits- und verteidigungspolitischen Fähigkeiten der EU dient auch dem Ziel, den europäischen Pfeiler im transatlantischen Bündnis zu stärken.

Die Armeen der europäischen Nationalstaaten sollen noch enger zusammenwachsen. Ziel ist Europäische Sicherheits- und Verteidigungsunion. Ein erster notwendiger Schritt ist die Schaffung von Einheiten mit integrierten Kräften unter einem einheitlichen Kommando. Dies muss und kann mittelfristig nicht alle Bereiche der militärischen Zusammenarbeit betreffen. Langfristig streben wir die Schaffung einer europäischen Armee an, deren Einsatz parlamentarisch legitimiert werden muss.

Eine umfassende Sicherheitspolitik erfordert, dass die Europäische Union ihr politisches und ökonomisches Gewicht bündelt. Hierzu muss Europa in den wichtigen internationalen Organisationen mit einer Stimme sprechen. So können die Staaten Europas wirksam auf eine faire und sozial gerechte Verteilung des global erwirtschafteten Wohlstands und eine Demokratisierung der internationalen Regime und Organisationen hinwirken. Europa darf in seinen entwicklungspolitischen Anstrengungen nicht nachlassen.

Die Erweiterung der Europäischen Union hat Frieden, Stabilität und Wohlstand im europäischen Raum geschaffen. Gleichzeitig hat die EU eine Strahlkraft und Vorbildfunktion über Europa hinaus. Viele Länder unternehmen große Anstrengungen, um Mitglied der Europäischen Union werden zu können. Dies führt zu Reformen in diesen Ländern, die die konkreten Lebensbedingungen der Menschen verbessern.

Wir setzen uns dafür ein, die Zusagen gegenüber Ländern einzuhalten, die eine Beitrittsperspektive bekommen haben. Es gilt, die laufenden Beitrittsverhandlungen nach den von der EU definierten Kriterien fortzuführen. Vor der Erweiterung der EU bedarf es jedoch der Reform ihrer Institutionen.

Wir stehen zu der von allen EU-Mitgliedern lang versprochenen Beitrittsperspektive der Türkei. Eine Türkei, die sich europäischen Werten verpflichtet fühlt, kann eine wichtige Brückenfunktion zu anderen islamischen Ländern erfüllen. Diese Rolle der Türkei liegt im deutschen und im europäischen Interesse, weil sie Frieden, Stabilität und wirtschaftliche Perspektiven schafft.

Es gilt, die Menschen in den Ländern, die auch längerfristig keine Aussicht auf Mitgliedschaft haben, in ihrem Streben nach Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und sozialem Ausgleich zu unterstützen. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass die Europäische Nachbarschaftspolitik mit Nachdruck fortentwickelt wird.

Das soziale Europa

Europa hat den größten Binnenmarkt der Welt geschaffen und eine einheitliche Währung eingeführt. Jetzt gilt es, die soziale Dimension der EU zu stärken – denn sie ist der zentrale Teil unseres europäischen Gesellschaftsmodells. Deshalb wollen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in einem europäischen Grundgesetz die soziale Dimension gleichgewichtig neben das Wettbewerbsprinzip stellen. Die in der Europäischen Grundrechtecharta festgelegten sozialen Grundrechte müssen Wirklichkeit werden.

Es gibt unterschiedliche nationale Ausprägungen und Traditionen des europäischen Sozialmodells. Aber grundlegend für alle Sozialstaaten in Europa sind ein entwickelter und leistungsfähiger Staat, Sozialsysteme zur Absicherung elementarer Lebensrisiken, öffentliche Daseinsvorsorge, geregelte Arbeitsbedingungen sowie Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Diese Stärken Europas werden wir bewahren und weiter entwickeln. Wir wollen Sozialsysteme nicht vereinheitlichen, sondern uns auf gemeinsame Mindeststandards verständigen. Diese sollen faire Wettbewerbsbedingungen zwischen den Staaten sichern, um Sozialdumping zu verhindern.

Die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind ein wesentlicher Bestandteil des europäischen Sozialmodells. Mit besseren Regelungen zum Gesundheits- und Arbeitsschutz wollen wir die Arbeitsbedingungen der Menschen in Europa spürbar verbessern. Wir streben ein europäisches Arbeitsrecht an, das einheitliche elementare Standards etwa in den Bereichen des Tarif- und Streikrechts festschreibt. In den europäischen Unternehmen wollen wir die Mitbestimmung der Arbeitnehmer absichern und ausbauen.

Wir wollen uns in Europa dafür einsetzen, dass Sozialdumping durch einen fairen Standortwettbewerb ersetzt wird. Damit dies vereinbart werden kann, schlagen wir Korridore für Sozial- und Bildungsausgaben gemessen an der jeweiligen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit vor. Dies gewährleistet ein Mindestmaß an sozialer Sicherung und Investitionen in Bildung und Ausbildung. Wer im europäischen Ausland arbeiten will, soll durch die Sozialsysteme nicht daran gehindert werden.

Wir wollen den Wettlauf um die niedrigsten Steuersätze für Unternehmen in Europa überwinden. Durch ihn berauben sich die europäischen Staaten gegenseitig ihrer finanziellen Handlungsfähigkeit. Notwendig sind eine

europaweit einheitliche Bemessungsgrundlage für Unternehmenssteuern und Mindestsätze bei den Unternehmenssteuern.

Das europäische Gesellschafts- und Sozialmodell gewährleistet den freien und kostengünstigen Zugang zu hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen. Diese Prinzipien wollen wir auf europäischer Ebene verbindlich verankern. Jeder Mitgliedsstaat soll aber die Strukturen der Daseinsvorsorge selbst bestimmen.

Die Anhebung der Lebensverhältnisse in den wirtschaftlich schwächeren Regionen nutzt allen in Europa. Deshalb unterstützt die Europäische Union diese Regionen besonders dabei, wirtschaftlich aufzuholen. Den Zusammenhalt in Europa können wir nur dann gewährleisten, wenn Löhne und soziale Standards nicht sinken. Wir wollen die Einführung Existenz sichernder Mindestlöhne.

Der europäische Binnenmarkt hat unbestreitbare Effizienz- und Wohlfahrtsgewinne hervorgebracht. Er eröffnet auch in Zukunft Chancen für die Entfaltung wirtschaftlicher Kreativität über nationalstaatliche Grenzen hinweg. Um sie zu nutzen, setzen wir uns dafür ein, den Binnenmarkt behutsam auszubauen und bürokratische Hemmnisse zu beseitigen. Dabei achten wir darauf, dass Marktöffnung und Bürokratieabbau nicht zum Abbau sozialer und ökologischer Standards führen.

Europa ist ein wissensbasierter Wirtschaftsraum. Darum kann Europa seine Wettbewerbsfähigkeit in der globalen Konkurrenz nur durch verstärkte Investitionen in Innovation in Forschung und Entwicklung steigern. Auf dieses Ziel haben sich alle Länder der Europäischen Union verpflichtet. Es kommt jetzt darauf an, dieses Vorhaben konsequent zu verfolgen.

Wir wollen zielgerichtet Innovations- und Produktforschung fördern, um Zukunftsmärkte zu erschließen. Einen wichtigen Beitrag leisten europäische Forschungsallianzen. Wir brauchen eine koordinierte Industriepolitik in Europa und europäische Champions im internationalen Wettbewerb.

Ein zukunftsorientiertes Europa braucht auch eine deutliche Umstrukturierung des europäischen Haushalts. Dazu gehört auch, dass die Haushaltspolitik der EU transparenter wird. Die Höhe der Agrarsubventionen muss reduziert und dieses Geld für Zukunftsinvestitionen eingesetzt werden. Wir wollen zielgerichtet Innovations- und Produktforschung fördern, um Zukunftsmärkte zu erschließen.

Um wirtschaftliche Dynamik zu fördern, Stabilität zu sichern und die soziale Dimension der EU in den Mitgliedsstaaten zu verwirklichen, brauchen wir für verbindliche makroökonomische Zielvorgaben eine abgestimmte Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik in der Europäischen Union. Darum plädieren wir für eine stärkere Koordinierung zwischen den Staaten, die den Euro eingeführt haben. Die Europäische Zentralbank muss neben der Währungsstabilität gleichgewichtig die Förderung von Wachstum und Beschäftigung verfolgen.

Wir wollen den Stabilitäts- und Wachstumspakt in der Europäischen Union so weiterentwickeln, dass er mehr Spielräume für nationale Strukturreformen und Zukunftsinvestitionen bietet.

Das demokratische Europa

Die Europäische Union hat durch ihre wachsenden Kompetenzen Züge eigener Staatlichkeit gewonnen. Deshalb muss jedes politische Handeln der Europäischen Union demokratisch legitimiert sein. Je weiter die Vertiefung der politischen Integration voranschreitet, umso dringlicher stellt sich die Aufgabe, eine echte europäische Demokratie zu bauen. Eine wichtige Grundlage ist eine Europäische Verfassung. Sie weist den Weg zu einer Exekutive der Europäischen Union, die durch das Parlament gewählt und kontrolliert wird.

Die Europäische Union bringt Personen und Organe der europäischen, der nationalen, der regionalen und der kommunalen Ebene im politischen Entscheidungsprozess zusammen. Sie muss ihre demokratische Legitimität folglich aus unterschiedlichen Quellen beziehen. Ziel unserer Politik ist es, die Europäische Union als eine funktionstüchtige und beteiligungsoffene Mehrebenendemokratie weiterzuentwickeln.

Deshalb müssen die Kompetenzen des Europäischen Parlaments konsequent weiter gestärkt werden. Das Parlament muss gleichberechtigt mit den im Ministerrat zusammengeschlossenen nationalen Regierungen an der gesamten europäischen Rechtssetzung mitwirken. Wir fordern auch in Fragen der europäischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie bei der Agrarpolitik das Mitentscheidungsrecht des Europäischen Parlamentes. Das Europäische Parlament braucht umfassende parlamentarische Kontrollrechte gegenüber der Europäischen Kommission sowie das Recht zu eigenen Gesetzesinitiativen.

Wir treten dafür ein, dass die nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten enger in die europäische Politik einbezogen werden. Ihre Informations- und Beteiligungsrechte sind nachhaltig zu stärken. Nationale Parlamente müssen streng kontrollieren können, ob die Europäische Union das Prinzip der Subsidiarität bei ihren Regelungen wahrt. Nationale Parlamente und das Europaparlament sind auf ihren Ebenen gleichermaßen verantwortliche Partner bei der demokratischen Kontrolle der EU.

Die demokratische Gestaltung Europas beginnt in den Kommunen und Regionen. Die EU muss ihre föderalen und zwischenstaatlichen Ebenen demokratisch und transparent organisieren und sie darf nur dort eingreifen, wo eine europaweite Regelung notwendig ist.

Eine europäische Demokratie ist nur dann dauerhaft lebensfähig, wenn sie auf dem politischen Engagement und dem öffentlich artikulierten Willen der Bürgerinnen und Bürger in Europa ruht. Stärker noch als bisher muss daher die

europäische Politik in einer europäischen Öffentlichkeit debattiert werden. Europa braucht den demokratischen Streit um politische Alternativen. Deshalb wollen wir die direkten Beteiligungsrechte der Bürgerinnen und Bürger stärken. Ebenso sind starke europäische Parteien und zivilgesellschaftliche Organisationen unabdingbar.

Unser Ziel ist es, die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE) zu einer politisch starken Mitglieder- und Programmpartei weiterzuentwickeln. In Zukunft sollen die Mitglieder der sozialdemokratischen Parteien in Europa die SPE bilden. Wir setzen uns für die Erarbeitung eines sozialdemokratischen Grundsatzprogramms für Europa ein.

4.3 Solidarische Bürgergesellschaft und demokratischer Staat

Jede Demokratie lebt durch das Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger. Darum wollen wir eine starke, vitale Bürgergesellschaft, in der die Menschen die Freiheiten der Meinung, der Vereinigung und Versammlung ausgiebig nutzen. Nur dann kann unsere Gesellschaft die Kraft zur beständigen Erneuerung aufbringen. Eine selbstbewusste Bürgerschaft gestaltet und organisiert ihr Zusammenleben in einem handlungsfähigen Staat.

Ein leistungsfähiger, transparenter und bürgerfreundlicher Staat bleibt gerade in einer Welt, in der starke Einzelinteressen die Privatisierung öffentlicher Aufgaben versuchen, unverzichtbar. Wir wissen, dass eine lückenlose Verrechtlichung aller Lebenssituationen nicht zu mehr Gerechtigkeit führt und dass Gesetze nicht alle Probleme lösen können. Aber wir setzen uns dafür ein, dass öffentliche Interessen auch in Zukunft allein durch den Primat der Politik bestimmt werden.

Wir wollen starke Parlamente. Sie sind das Herz demokratischer Willensbildung. Und wir wollen, dass Abgeordnete von einer wachen diskutierenden Öffentlichkeit begleitet und angespornt werden. Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Damit haben sie eine herausgehobene Stellung in unserer parlamentarischen Demokratie. Wir nehmen den Auftrag der Parteien ernst, die stetige politische Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an den Entscheidungen sicherzustellen. Wir wollen neue Begeisterung für die Demokratie wecken, eine höhere Wahlbeteiligung und mehr direkte Einmischung erreichen. Wir stehen für mehr Demokratie und mehr direkte Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger als Ergänzung der parlamentarischen Demokratie. In gesetzlich festzulegenden Grenzen sollen Volksbegehren und Volksentscheid in Gemeinden, Ländern und Bund parlamentarische Entscheidung ergänzen. Die verfassungsrechtlichen Beschränkungen der Mehrheitsmacht gelten auch für die direkte Bürgerbeteiligung.

Gutes Regieren in einem handlungsfähigen Staat erfordert den Abbau von nutzloser Bürokratie. Wir brauchen eine kraftvolle Modernisierung der Verwaltung, damit sie ihre Aufgaben bei raschem Wandel zeitgemäß erfüllt. Öffentliche Mittel dürfen an keiner Stelle verschwendet werden. Wir wollen keinen vormundschaftlichen, sondern einen aktivierenden Staat, der den Bürgerinnen und Bürgern dient und der die Aufgaben, die sie ihm zuweisen, zielbewusst, wirksam und wirtschaftlich erledigt.

Wer Ämter und Mandate übernimmt, trägt große Verantwortung.(...) Wir wollen Politikerinnen und Politiker, die mit der Gesellschaft verbunden bleiben und sich an Aufrichtigkeit, Offenheit und Klarheit orientieren.

Die solidarische Bürgergesellschaft

Mehr Menschen als je zuvor führen heute ein aktives, selbst bestimmtes, emanzipiertes und unabhängiges Leben. Das Wissen über andere Länder und Kulturen, das Selbstbewusstsein und die Handlungsmöglichkeiten der Menschen sind gewachsen. Wir setzen uns dafür ein, dass unsere Gesellschaft von diesen Kenntnissen und Erfahrungen stärker profitiert. Menschen brauchen dafür Anstöße, aber auch günstige Rahmenbedingungen. Die soziale Verantwortung von Menschen für Menschen muss in unserem Gemeinwesen größere Bedeutung erlangen. Das verstehen wir unter einer solidarischen Bürgergesellschaft. Sie ist das große Potenzial für die soziale Demokratie in unserer Zeit.

Eine starke Bürgergesellschaft bietet uns Heimat in Zeiten stürmischen Wandels. Wo Menschen sich für Menschen einsetzen, sind Verantwortungsbereitschaft, Gerechtigkeitssinn, gegenseitige Anerkennung, Solidarität und Mäßigung beim Gebrauch individueller Freiheit erfahrbar. Aus dieser gelebten gesellschaftlichen Solidarität wächst neuer Zusammenhalt – gegen die Vereinzelung des Menschen und die Fliehkräfte des modernen Lebens. Wo wir soziale Probleme gemeinsam lösen, finden wir Orientierung, Vertrauen und Sicherheit.

Die Bürgergesellschaft organisiert sich in Vereinen, Stiftungen und Initiativen, die vor allem durch freiwilliges Engagement getragen werden. Wenn Bürgerinnen und Bürger gemeinsam handeln, können sie viele konkrete Aufgaben selbst erledigen. Ihre Stärke liegt darin, andere zum Mitmachen anzuregen, Probleme früh zu erkennen und angemessen zu lösen. Wir setzen uns dafür ein, dass Ehrenämter mehr Anerkennung, Anreize und eine bessere Absicherung erhalten. Viele Menschen setzen ihre Zeit ein, um für die Gesellschaft zu wirken. Andere stellen aus ihrem privaten Vermögen finanzielle Mittel bereit. Beides ist notwendig. Das Ehrenamt wollen wir mit einer Kultur des gemeinnützigen Stiftens verbinden.

Demokratische Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie Sozial- und Umweltverbände sind herausragende Träger der solidarischen Bürgergesellschaft. Besonders die junge Generation sucht attraktive Möglichkeiten, um sich in Gemeinschaft zu engagieren und den Mehrwert durch Solidarität zu erleben. Soziale Bewegungen greifen immer wieder akute Zeitfragen auf, streiten für globale Gerechtigkeit, den Schutz der Umwelt oder der Verbraucherinnen und Verbraucher. Wir wollen diese Organisationen stärken. Sie sind unsere Partner.

Sport bietet Herausforderung und Anerkennung. Das gilt für den Breiten- und den Behindertensport genauso wie für den Leistungssport. Im Sportverein können Ehrgeiz und Solidarität zusammen finden, über Altersgrenzen, soziale und kulturelle Unterschiede hinweg. Vereine aktivieren und verbinden die Menschen. Sport dient der Gesundheitsvorsorge. Er unterstützt Fairness und Toleranz. Deshalb schützen und fördern wir den Sport als wichtigen Teil der Kultur in Bund, Ländern und Gemeinden.

Starke Kommunen

Die solidarische Bürgergesellschaft hat ihren Ort vor allem in den Kommunen. Sie sind es, die den Alltag der Menschen prägen, und in ihnen wachsen auch die Herausforderungen. In den Kommunen entscheidet sich, ob alle Kinder eine gute frühkindliche Förderung bekommen. Hier erweist sich, ob Menschen unterschiedlicher Kulturen miteinander oder nebeneinander her leben. Hier stellt sich heraus, ob Jugendliche ihre Freizeit sinnvoll gestalten, ob ältere Menschen integriert bleiben und sich die Menschen im öffentlichen Raum sicher fühlen. In den Kommunen müssen soziale Gegensätze ausgeglichen werden, hier sind Wohnviertel und Dienstleistungen anzupassen, wenn die Menschen älter werden oder fortziehen und die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner sinkt. Hier sind historische Bauwerke zu bewahren, hier ist eine lebendige Baukultur zu schaffen. Es ist die kommunale und regionale Lebenswelt mit ihrer jeweils einzigartigen Geschichte und Kultur, die Heimat, Gemeinschaft, Überschaubarkeit und Sicherheit im Wandel bietet.

Kommunen können auf lokale Besonderheiten besonders gut reagieren. Sie entwickeln eine Vielzahl von Lösungsmöglichkeiten für eine Vielzahl von Aufgaben. Darum stärken wir die kommunale Selbstverwaltung, verbessern ihre Qualität und vergrößern ihre Organisationsfreiheiten. Wir erweitern den finanziellen Handlungsspielraum der Kommunen, und wir übertragen ihnen keine Aufgaben ohne die dafür erforderlichen Mittel.

Der soziale Bundesstaat

Der demokratische und soziale Bundesstaat gehört zu den wichtigsten Voraussetzungen für den Erfolg der Bundesrepublik Deutschland. Wir halten an

diesem Prinzip fest. Es bedeutet: Entscheidungen müssen dort getroffen werden, wo sie nahe an den Aufgaben und Problemen sind. Wir folgen auch hier der Idee der Subsidiarität. Das heißt: Die kleinere politische Einheit hat Vorrang vor der größeren.

Die Verlagerung zentraler Zuständigkeiten auf die Europäische Union, die Anforderungen der Globalisierung und der demografische Wandel setzen den sozialen Bundesstaat unter erheblichen Erneuerungsdruck. Der Föderalismus muss neue Kraft gewinnen. Wir wollen unsere bundesstaatliche Ordnung übersichtlicher gestalten. Der Bund und die Länder müssen je für sich ebenso wie im Verbund handlungsfähiger werden. Die Abgrenzung der Kompetenzen muss sich daran orientieren, wie Aufgaben am besten gelöst werden, und nicht an der Wahrung von Zuständigkeiten. Zwischen benachbarten Ländern unterstützen wir eine engere Zusammenarbeit bis hin zur gemeinsamen Erledigung von Aufgaben. Wir sind für die Vereinigung von Ländern, wo dieser Schritt die politische Gestaltungskraft verbessert und die Unterstützung ihrer Bürgerinnen und Bürger findet. Wir wollen die Eigenkräfte der Städte und Regionen fördern und fordern.

Wir übertragen politische Entscheidungsgewalt auch in Zukunft auf die Europäische Union, wenn der größere europäische Rechtsraum mehr Sicherheit und Wohlstand für die Menschen fördert. Aber wir verzichten nur dann auf nationalstaatliche Kompetenzen zugunsten europäischer oder internationaler Institutionen, wenn deren demokratische Kontrolle gesichert ist.

Die regionale Ungleichheit von Wirtschafts- und Finanzkraft hat zugenommen. Prosperierende Ballungsräume, die zu Knotenpunkten von wirtschaftlicher und kultureller Dynamik werden, sind im globalisierten Wettbewerb gegenüber strukturschwachen städtischen und ländlich geprägten Räumen im Vorteil. Wir setzen deshalb auf die solidarische Beistandspflicht zwischen allen Teilen Deutschlands – Ost und West, Nord und Süd. Die besondere Situation in Ostdeutschland erfordert besondere Anstrengungen und gesamtdeutsche Solidarität. Bund, Länder und Gemeinden müssen finanziell handlungsfähig sein. Aufgabe des sozialen Bundesstaates ist ein effektiver finanzieller Ausgleich zwischen ihnen. Unser Leitbild ist die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Jede Kommune und jedes Land hat eigene Stärken, die wir unterstützen wollen.

Sicherheit in Freiheit

Eine freie und offene Gesellschaft gründet auf die verlässliche Einhaltung von Regeln und auf sozialen Zusammenhalt. Wo das nicht gilt, geht mit der Sicherheit auch die Freiheit verloren. Sicherheit ist ein grundlegendes öffentliches Gut. Menschen müssen ohne Furcht vor Zwang und Verbrechen leben können, damit politische Freiheit und Teilhabe gedeihen.

Der Rechtsstaat bindet alle Machtausübung an Recht und Gesetz. Allein diese Bindung legitimiert die Befugnis zur Durchsetzung der Rechtsordnung. Der Staat hat das Gewaltmonopol inne. Wir widersetzen uns allen Bestrebungen, die Pflicht des Staates, die Bürgerinnen und Bürger zu schützen, auf Private zu übertragen oder Sicherheit gar wie eine beliebige Ware zum Kauf feilzubieten.

Die Sicherheit in unserem Land ist von innen wie von außen bedroht: durch Kriminalität, Extremismus und Terrorismus. Diese bekämpfen wir konsequent mit den Mitteln des demokratischen Rechtsstaats. Sicherheit im Inneren ist Aufgabe der Polizeien von Bund und Ländern. Das Verbot der Willkür und der Folter gilt absolut. Der freiheitliche Rechtsstaat hat seine Prinzipien zu wahren. Das ist das erste Gebot der geistigen Abwehr von Extremismus und Terrorismus.

Rechtsextreme bedrohen unsere Freiheit und unsere Demokratie. Gegen Ideologie und Gewalt des Rechtsextremismus leisten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten entschiedenen Widerstand. Extremismus, Rassismus und Antisemitismus haben keinen Platz in unserer Gesellschaft.

Religiös motivierter Extremismus ist ebenso entschlossen in die Schranken zu weisen. Menschenrechte sind auch unter Berufung auf religiöse Regeln und Riten oder Traditionen nicht relativierbar. Toleranz gegenüber anderen Kulturen und Traditionen findet dort ihre Grenze, wo Menschenrechte verletzt werden. Unterdrückung, Gewalt, Verweigerung der Selbstbestimmung, Zwangsverheiratung, Zwangsprostitution oder so genannte Ehrenmorde an Frauen müssen mit allen rechtlichen Mitteln verhindert und geahndet werden. Betroffene Frauen und Mädchen müssen soziale Hilfen und Rechtsbeistand erhalten.

Die Menschen haben ein tiefes Bedürfnis nach umfassender Sicherheit. Dazu zählen menschliche Zuwendung, Geborgenheit und Anerkennung. Dieses Bedürfnis wächst, wenn Menschen Veränderungen ausgesetzt sind, die sie nicht kontrollieren können, die ihre Existenz bedrohen, ihr Wissen entwerten oder ihre Wertevorstellungen in Frage stellen. Familie und Nachbarschaft, das gesamte Netzwerk gesellschaftlicher Beziehungen in Vereinen, Gewerkschaften, Kirchen und Weltanschauungsgemeinschaften, Organisationen bürgerschaftlichen Engagements und Hilfswerken bildet eine kostbare soziale Voraussetzung des persönlichen Sicherheitsgefühls. Weil dieses Netz etwas leistet, was der Staat und die Politik nicht selbst leisten können, haben wir ein außerordentliches Interesse an der Freiheit und Vitalität mitmenschlicher Beziehungen und bürgerschaftlicher Organisationen.

Integration und Einwanderung

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Einwanderinnen und Einwanderer haben unser Land wirtschaftlich und kulturell enorm bereichert. Im Zeitalter

von Globalisierung und demografischem Wandel wird die Aufgabe, unsere Gesellschaft für Menschen aus ganz unterschiedlichen Ländern und Kulturen zu öffnen, noch wichtiger. Wir brauchen und wollen mehr qualifizierte Einwanderinnen und Einwanderer. Und wir wollen unser Land konsequent auf die Zukunft als Einwanderungsgesellschaft vorbereiten.

Einwanderung verlangt Integration. Wer sich dauerhaft ansiedelt, muss die gleichen Chancen und Beteiligungsmöglichkeiten am politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben erhalten. Wir verstehen Einwanderung als Übereinkunft zwischen den Menschen, die zu uns kommen, und der Gesellschaft, die sie aufnimmt. Beide Seiten müssen ihren Nutzen davon haben, und beide Seiten müssen bereit zur Integration und zur Toleranz sein. In einer Einwanderungsgesellschaft ist es unerlässlich, dass unterschiedliche Kulturen aufeinander zugehen und sich nicht abkapseln. Integration heißt für uns: Wir wollen faire Chancen und klare Regeln.

Auch wer auf Dauer in Deutschland leben will, braucht seine Herkunft nicht zu verleugnen. Das Grundgesetz bietet Raum für kulturelle Vielfalt, es sichert die Freiheit des Glaubens, Gleichberechtigung von Frau und Mann und achtet das Recht von Minderheiten. Es setzt aber auch klare Grenzen, die niemand unter Hinweis auf Herkunft oder religiöse Überzeugung außer Kraft setzen darf. Die Unterdrückung, Diskriminierung und Bedrohung von Frauen und Mädchen bekämpfen wir mit allem Nachdruck. Niemand darf sie an der freien Entfaltung ihrer Persönlichkeit hindern und ihnen Bildungschancen vorenthalten.

Bildung und ganz besonders die Kenntnis der deutschen Sprache sind unverzichtbare Voraussetzungen dafür, dass Menschen unterschiedlicher Herkunft in unserem Land miteinander leben können. Wir verbessern die Bildungsangebote und fordern das individuelle Engagement der Einwanderinnen und Einwanderer. Integration gelingt am leichtesten, wenn sie schon im frühen Kindesalter beginnt. Aktive Integrationspolitik muss besonders bei den Kindern von Einwanderern ansetzen.

Die politische Partizipation von Einwanderern muss ausgebaut werden. Deshalb plädieren wir für die grundsätzliche Möglichkeit der Mehrstaatlichkeit und für ein kommunales Wahlrecht auch für Ausländerinnen und Ausländer, die nicht aus EU-Staaten kommen.

Als Einwanderungsland streben wir die Einbürgerung der zu uns kommenden Menschen an. Wir wissen: Dieser Schritt ist nicht das Ende der Integration, sondern eine wichtige Etappe, die eine volle politische Teilhabe ermöglicht.

Wir wollen den Dialog zwischen den Religionen und Kulturen – insbesondere mit dem Islam – intensiver und breiter führen und verbindlicher gestalten. Wir wollen Ängste und Berührungsängste abbauen und den wechselseitigen Respekt stärken. Deutschland ist unsere gemeinsame Heimat.

Wir stehen zu dem Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte. Daraus folgt die Verantwortung, Menschen Schutz und Zuflucht zu geben, die vor Gewalt, vor geschlechtsspezifischer, staatlicher und nicht staatlicher Verfolgung und Diskriminierung aus ihrer Heimat fliehen. Wer über lange Zeit in Deutschland geduldet war, soll einen gesicherten Aufenthaltsstatus bekommen. Wir setzen uns für eine gemeinschaftliche Flüchtlingspolitik auf europäischer Ebene ein. Sie muss auch dafür sorgen, die Ursachen von Flucht und Vertreibung zu bekämpfen.

Öffentlichkeit und Medien

Das Prinzip der Öffentlichkeit gehört zum Wesen der Demokratie. Die Meinungs- und Informationsfreiheit erfüllt sie mit Leben. Freie Medien ermöglichen Aufklärung, Meinungsbildung, politische Beteiligung und Machtkontrolle.

Die Medien erleben eine rasante technische Entwicklung. Neben Zeitung, Buch, Fernsehen und Rundfunk spielen Computer, Internet und Mobilfunk eine immer größere Rolle. Die Mediensparten wachsen zusammen und prägen immer stärker sämtliche Bereiche unseres Alltags. Der Umgang damit muss gelernt sein. Wir wollen Medienkompetenz zum Bildungsschwerpunkt machen. Wir wollen die Chance nutzen, durch neue Medien die freiheitliche politische Teilhabe und den Zugang zum Wissen zu erweitern.

Wir stärken die Qualität, die Transparenz und die Vielfalt der Medien. Manipulation, politische Einseitigkeit und Jugendgefährdung bekämpfen wir. Unsere Medienpolitik schützt auf nationaler, europäischer und globaler Ebene die Freiheit der Meinung und der Information. Wir verteidigen die politische Unabhängigkeit der Medien vom Staat und von mächtigen wirtschaftlichen Interessen. Für uns sind die duale Rundfunkordnung und der öffentlich-rechtliche Rundfunk unersetzliche Elemente einer demokratischen Öffentlichkeit. Zugleich verlangen wir eine effektive Selbstkontrolle der Medien und die Einhaltung journalistisch-ethischer Standards.

Die Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger über die eigenen Daten ist ein Grundrecht. Der Fortschritt der Informationstechnik durchlöchert dieses Recht zusehends. Bessere Medienkompetenz trägt dazu bei, die freiwillige Preisgabe persönlicher Daten in ihrer Tragweite einzuschätzen. In vielen Bereichen des Lebens bleibt der Schutz von personenbezogenen Daten unverzichtbar.

Die Kultur der demokratischen Gesellschaft

Die Sozialdemokratie war von Anfang an auch eine Kulturbewegung. Wir stehen in der Tradition eines weiten Kulturbegriffs. Er reicht über die Künste hinaus und bezieht auch kulturelle Bildung, geschichtliches Erbe und die

Formen unseres Zusammenlebens ein. Wir brauchen eine politische Kultur, die unsere Demokratie stützt.

Kultur ist in besonderer Weise der Raum, in dem sich die Gesellschaft ihrer Werte- und Zielvorstellungen vergewissert. Sie stärkt die Menschen, schafft Zugehörigkeit, das Bewusstsein von Verwurzelung und trägt damit zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei.

In den innergesellschaftlichen wie bei den weltpolitischen Auseinandersetzungen und Gefährdungen spielen Fragen der Kultur eine wichtige Rolle. Um des inneren und äußeren Friedens willen befürworten wir deshalb den Dialog zwischen den Kulturen als ein wichtiges Moment sozialer Integration von Menschen unterschiedlicher ethnischer Herkunft, religiöser Überzeugung und kultureller Prägung. Kulturelle Verständigung ist eine wichtige Aufgabe friedlicher Globalisierung. Es geht um eine Kultur der Anerkennung, die der Entwicklung von Parallelgesellschaften ebenso entgegen wirkt wie der Ausgrenzung gesellschaftlicher Minderheiten. Wir wollen kulturelle Vielfalt statt fundamentalistischer Verengungen und Politisierungen von religiösen und kulturellen Unterschieden.

Friedliche Vielfalt wird nur möglich sein, wenn wir uns unserer geistigen Wurzeln aus christlich-jüdischer Tradition, Humanismus und Aufklärung versichern. Nur eine sowohl wertefundierte wie tolerante Kultur kann sich gegen den Versuch behaupten, Kultur und Religion zur Begründung von Ausgrenzung zu missbrauchen.

Kultur ist ein öffentliches Gut. Sie zu fördern, ist Aufgabe der Bürgergesellschaft und des Staates. Privates, bürgerschaftliches Engagement ist nötig. Wir begrüßen und fördern es. Doch der Staat hat eine nicht delegierbare Verantwortung. Wir bekennen uns zu Deutschland als einem Kulturstaat. Er sichert die Vielfalt der Kulturlandschaft, die kulturelle Bildung, die Pflege unseres Erbes und unserer Erinnerungskultur. Er fördert die Künste und übernimmt Verantwortung für die soziale Absicherung freier künstlerischer Existenzen. Er wirbt für unsere Kultur im Ausland. Kreative Potenziale – von künstlerischen Freiräumen bis zur wachsenden Kulturwirtschaft – werden in den kommenden Jahrzehnten, in denen Innovationen über die Zukunft entscheiden, immer wichtiger. Die Zukunft unserer Wissensgesellschaft ist auch eine kulturelle Aufgabe.

Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften

Wir bekennen uns zum christlich-jüdischen und humanistischen Erbe Europas und zur Toleranz in Fragen des Glaubens. Wir verteidigen die Freiheit des Denkens, des Gewissens, des Glaubens und der Verkündigung.

In einer religiös und weltanschaulich vielfältigen Gesellschaft muss sich die Achtung vor dem Andersdenkenden bewähren. Grundlage für die an

Religionsfreiheit orientierte Gestaltung unserer Gesellschaft ist die Verfassung des freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaates.

Für uns ist das besondere Engagement der Kirchen, der Religions- sowie der Weltanschauungsgemeinschaften unersetzlich. Dies gilt besonders bei der Vermittlung von demokratischen Werten und ihrer sozialen Verantwortung für das Gemeinwohl. Wir suchen das Gespräch mit ihnen und die Zusammenarbeit in freier Partnerschaft bei gemeinsamen Aufgaben. Wir achten ihr Recht, ihre inneren Angelegenheiten autonom zu regeln.

4.4 Die Gleichstellung der Geschlechter

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten erstreben eine Gesellschaft, in der Männer und Frauen gleich, frei und solidarisch miteinander leben.

Seit dem 19. Jahrhundert hat die SPD gleiche Rechte für Frauen verlangt und sie Schritt für Schritt umgesetzt, vom Frauenwahlrecht bis zu gleichen Rechten in Ehe und Familie, im Beruf und im Zugang zu den Bildungseinrichtungen. Dabei wurde klar, dass gleiche Rechte noch keine Gleichstellung bedeuten, dass dazu vielmehr die traditionelle Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau überwunden werden muss. Die starre Rollenfestlegung benachteiligt Frauen und Männer.

Die SPD ist vorangegangen: sie hat gleiche Bildungschancen für Mädchen geschaffen und für Frauen die bessere Beteiligung in den demokratischen Parteien, Parlamenten und Regierungen durchgesetzt. Sie war wegweisend und bahnbrechend, auch für andere Parteien und Institutionen.

Dennoch erhalten Frauen immer noch weniger Lohn als Männer, Frauen haben schlechtere Berufs- und Aufstiegschancen. Frauen haben die Last der Vereinbarkeit von Beruf und Familie überwiegend zu tragen.

Wir wollen eine Gesellschaft mit gleichen Rechten und Möglichkeiten für alle Menschen: beim Zugang zu Bildung, Ausbildung, Beruf, Aufstieg, Ehrenamt und politischer Arbeit haben, unabhängig von Geschlecht, sexueller Identität, sozialer und ethnischer Herkunft oder Religionszugehörigkeit.

Wir wollen, dass Frauen und Männer gleichermaßen Erwerbs- und Hausarbeit, Kindererziehung und gesellschaftliches Engagement ausüben können.

Wir wollen, dass junge Frauen ihre Vorstellung von einem selbst bestimmten Leben verwirklichen können. Sie wollen beides: Beruf und Familie. Auch Männer wollen Erzieher und Begleiter ihrer Kinder sein. Dieses partnerschaftliche Leitbild der gemeinsamen Familienarbeit und gleichzeitiger Berufstätigkeit muss die Gesellschaft ermöglichen.

Existenzsichernde Erwerbsarbeit, gleicher Zugang zum Beruf und beruflichen Aufstieg, gleiche Bezahlung, elternfreundliche Arbeitszeiten und verlässliche pädagogische Ganztagsangebote für Kinder aller Altersstufen sind hierfür Grundvoraussetzungen.

Erwerbstätigkeit ohne Existenz sicherndes Einkommen für Frauen überwindet die Rollenfestlegung nicht, verfestigt sie vielmehr und verhindert die Gleichstellung bis ins Alter.

Wir wollen, dass alle Regierungen und Verwaltungen das, was sie planen, beschließen und umsetzen auf die Auswirkungen auf das Leben von Frauen, Männern und Kindern überprüfen und es – wenn nötig – korrigieren. Das ist das Prinzip des „Gender Mainstreaming“.

Die Umgestaltung unserer Gesellschaft in eine Gesellschaft mit gleichen Chancen für Männer und Frauen erfasst alle Lebensbereiche von der Familie bis zur Arbeitswelt, von Bildung und Kultur bis zur demokratischen Teilhabe, von der Innenpolitik bis zur Außenpolitik und Entwicklungshilfe. Es umfasst auch alle Rechtsbereiche, soweit sie die Gleichstellung hemmen.

Wer die menschliche Gesellschaft will, wer ein Leben in Partnerschaft will, muss die Gleichstellung von Frau und Mann hier und heute verwirklichen.

4.5 Neue Wertschöpfung und gute Arbeit

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik verfolgt drei Hauptziele. Wir wollen einen möglichst hohen Wohlstand, an dem alle Menschen gerecht teilhaben. Jede Frau und jeder Mann soll die Möglichkeit erhalten, den eigenen Lebensunterhalt durch Arbeit zu erwirtschaften. Gleichzeitig müssen wir unsere natürlichen Lebensgrundlagen nachhaltig sichern.

Diese Ziele lassen sich nur mit einer hohen wirtschaftlichen Wertschöpfung und mit internationaler Wettbewerbsfähigkeit verwirklichen. Wir bejahen den technologischen Fortschritt. Wir wollen Technik gestalten für eine menschengerechte, sozial gerechte und nachhaltige Entwicklung. Neue Technologien schaffen neue Märkte, entfachen Wirtschaftswachstum und können die Kräfte unserer Gesellschaft mobilisieren. Wir begreifen die Globalisierung als Chance für neue Arbeitsplätze und für die Sicherung des Wohlstands in den kommenden Jahrzehnten. Dazu brauchen wir einen Ordnungsrahmen für Wettbewerb, der langfristiges Wachstum unterstützt und nicht den kurzfristigen Profit in den Mittelpunkt stellt.

Wir erneuern die Soziale Marktwirtschaft

SPD und Gewerkschaften haben die Soziale Marktwirtschaft als ordnungspolitisches Erfolgsmodell der Bundesrepublik Deutschland maßgeblich ausgestaltet. Dieses Modell ist eine der herausragenden wirtschaftspolitischen Leistungen des 20. Jahrhunderts. Die Soziale Marktwirtschaft hat sozialen Frieden, wirtschaftliche Stärke und Wohlstand für breite Bevölkerungsschichten vereint. Sie macht aus der Beteiligung und Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine Produktivkraft. Sie stärkt und erhält den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Aber wir wissen auch: Wir müssen die Soziale Marktwirtschaft modernisieren, um sie zu erhalten. Die Globalisierung der Güter-, Finanz- und Dienstleistungsmärkte, der Wandel der Arbeitswelt und die Digitalisierung stellen das bewährte Ordnungsmodell auf die Probe. Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik muss den Wandel im Geiste sozialer Gerechtigkeit gestalten. Wir wollen die Grundpfeiler unseres Wirtschafts- und Sozialmodells zukunftsfest für das 21. Jahrhundert machen. Das können wir nur gemeinsam in Europa und mit der Europäischen Union schaffen. Ein realistisches Leitbild für die Weiterentwicklung der sozialen Marktwirtschaft muss die Effizienz und Rationalität von dezentralen Marktentscheidungen ebenso anerkennen wie ihre Grenzen. Es bleibt dabei: So viel Markt wie möglich, so viel politische Regulierung wie nötig.

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik muss die Chancen der Globalisierung für alle zugänglich machen. Dumpingwettbewerb mit immer billigeren Produkten, bei denen Renditen nur durch Lohnsenkungen und Sozialabbau erzielt werden können, vermag dies nicht zu leisten.

Politik für Vollbeschäftigung

Die Wirtschaft hat den Menschen zu dienen. Die Schaffung von mehr und besseren Arbeitsplätzen ist Maßstab erfolgreicher Wirtschaftspolitik. Die Integration aller Menschen in den Arbeitsmarkt ist Ziel sozialdemokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Unter den Bedingungen im 21. Jahrhundert bedeutet Vollbeschäftigung nicht mehr die unausgesprochene Garantie, dass jeder ein Leben lang in derselben Firma einen sicheren Arbeitsplatz hat. Die wachsende wirtschaftliche Dynamik fordert von den Menschen Arbeitsplatz- und auch Berufswechsel, vor allem aber ständiges Dazulernen. Phasen der Kindererziehung oder der Pflege von älteren Angehörigen erfordern häufig berufliche Einschränkungen oder sogar Auszeiten vom Berufsleben. Selbstständige Erwerbsformen werden weiter zunehmen.

In diesem Verständnis geben wir das Ziel der Vollbeschäftigung in Deutschland auch nach Jahrzehnten hoher Arbeitslosigkeit nicht auf. Uns geht die Arbeit nicht aus, im Gegenteil. Unsere Zukunft liegt in innovativen, hochwertigen

Gütern und in mehr Angeboten und Arbeitsplätzen im Dienstleistungsbereich. Je mehr Menschen in Arbeit sind, desto höher ist unser Wohlstand. Gerade auch angesichts der demografischen Entwicklung wollen wir unsere Potenziale nutzen. Die Erwerbsquoten von Älteren und Geringqualifizierten müssen deutlich angehoben werden. Jede Arbeit, auch einfachere Dienstleistungstätigkeit verdient Respekt und Anerkennung und muss die Chance des Aufstiegs in qualifizierte Arbeit bieten.

Eine Politik für Vollbeschäftigung basiert auf vier Säulen: erstens ein möglichst hohes Wachstum, einen Vorsprung in marktfähigen Produkten und besondere Beschäftigungsdynamik im Dienstleistungsbereich, die zu einem deutlich höheren Angebot an Arbeitsplätzen führen. Zweitens unterstützt der Vorsorgende Sozialstaat durch koordinierte Arbeitsmarkt-, Bildungs-, Gleichstellungs- und Familienpolitik die Menschen dabei, Übergänge und Unterbrechungen in ihren Erwerbsbiographien zu meistern und ihre Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten. Drittens sind für Menschen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Perspektive haben, besondere Angebote öffentlich geförderter und gemeinwohlorientierter Arbeit nötig. Viertens ist eine moderne Arbeitszeitpolitik nötig, die Selbstbestimmung und Flexibilität fördert sowie durch Arbeitszeitverkürzung mehr Menschen in Beschäftigung bringt.

Die Erwerbstätigkeit von Frauen wollen wir deutlich anheben. Junge Männer und Frauen brauchen die gleichen Möglichkeiten, durch eine breite Berufs- und Studienwahl die bisherige Trennung in typische Männer- und Frauenberufe zu überwinden. Erforderlich sind verbindliche Zielvorgaben für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Führungspositionen in Unternehmen, Verwaltung, Wissenschaft und Forschung sowie Aufsichtsgremien.

Zukunftsmärkte brauchen Politik

Im Zuge der Globalisierung wird sich das weltweite Bruttosozialprodukt bis 2030 annähernd verdoppeln. Die deutsche Wirtschaft hat also beste Aussichten, wenn es uns gelingt, die Chancen des bevorstehenden Wachstumsschubs zu nutzen und die neu entstehenden Märkte überall auf der Welt mit attraktiven Gütern, Produkten und Dienstleistungen zu versorgen. Darum müssen wir in allen Bereichen auf bessere Ideen, Innovationen und Spezialisierung setzen. Politik, Unternehmen und Beschäftigte müssen in einem umfassenden Sinne international denken. Wir können nicht aus der Globalisierung aussteigen, wie manche Links- und Rechtspopulisten vorgaukeln. Und auch der von Marktliberalen und Konservativen in Deutschland propagierte Weg führt in die Irre: Sozialabbau, das Aushöhlen des Tarifsystems und pauschale Arbeitszeitverlängerungen sind in einer globalisierten Wirtschaft falsche Ansätze. Sie sind gegen die Menschen gerichtet, greifen auch ökonomisch zu kurz und gefährden die Binnenkonjunktur. Einer Politik der resignativen Anpassung stellen wir eine offensive Strategie des Qualitätswettbewerbs entgegen.

Die Menschheit steht vor großen sozialen und ökologischen Herausforderungen. Um sie zu meistern, brauchen wir innovative und hochwertige Produkte und Dienstleistungen. In Folge der demografischen Entwicklung stellen Produkte und Dienstleistungen für die ältere Generation ein zusätzliches Wachstumsfeld dar. Darum setzen wir auf qualitatives Wachstum. So können wir unsere Lebensqualität steigern, Ressourcen und Energie einsparen, den Klimawandel abmildern, Krankheiten heilen, Mobilität verbessern und Kommunikation erleichtern. Neue Technologien werden vor allem in diesen Zukunftsmärkten Anwendung finden.

Die ökologische Rettung der Erde ist nicht allein Angelegenheit von Umwelt-, Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik. Sie wird zu einem Antriebsmotor für ökonomische Wertschöpfung. Die Zukunft gehört den so genannten „grünen Märkten“, die eine globale Wachstumsdynamik ohne die Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen möglich machen. Produkte und Dienstleistungen, die unsere Gesundheit verbessern, sind nicht nur Kostenfaktoren, sondern auch Zukunftsmärkte.

Wir wollen, dass die Wirtschaft gezielt und massiv in diese Märkte investiert. Die deutsche Wirtschaft muss in diesen Leitmärkten an der Spitze stehen.

Eine strategische und ökologische Industriepolitik

Die Industrie ist nach wie vor das Rückgrat unserer Volkswirtschaft. Viele Dienstleistungen, qualifizierte und einfache, hängen unmittelbar von der Industrie ab. Aber Industrieprodukte werden immer stärker auf Wissen und Dienstleistungen basieren.

Eine strategische Industriepolitik setzt auf den Ausbau der qualitativen Vorsprünge unseres Wirtschaftsstandortes. Unsere Chance liegt darin, Problemlösungen zu entwickeln, die sich weltweit exportieren lassen. Dazu müssen sich Forschung, Produktentwicklung und Unternehmen enger als bisher miteinander vernetzen. Wir wollen wissenschaftliche Entdeckungen, neue Technologien und Ideen auf direktem Weg in Produkte und Arbeitsplätze ummünzen.

Wir erzeugen zusätzliche Wertschöpfung, wenn wir in zentralen Leitmärkten die Bewältigung gesellschaftlicher Zukunftsaufgaben und die Stärkung unserer Industrie zusammenhängend begleiten. Strategische Industriepolitik ist auch ökologische Industriepolitik. Der Gedanke der ökologischen Nachhaltigkeit ist kein Wachstumshemmnis, sondern Wachstumsmotor.

Der Staat will Märkte nicht ersetzen, sondern ihnen einen gesellschaftlichen Ordnungsrahmen geben. Er kann als „Pionier“ wirtschaftlichen Handelns Leitmärkten entscheidende Impulse setzen. Er muss industriepolitische Prioritäten setzen und sich in Partnerschaft mit der Wirtschaft und der Wissenschaft auf strategische Felder konzentrieren. Der Staat muss seine Mittel

und Instrumente bündeln – von der Forschung über gezielte Regulierung bis hin zur Beschaffung bestimmter Produkte. Eine solche strategische und ökologische Industriepolitik ist eine Querschnittsaufgabe zahlreicher Politikfelder. Sie stärkt industrielle Kerne und regionale Wirtschafts-Cluster. Auch die Wachstumskerne in den neuen Bundesländern zeigen, wie aus Wissen neue Wirtschaft entsteht. Wir stärken diese Cluster als Motoren für eine neue Industriestruktur im Osten Deutschlands

Moderne Dienstleistungspolitik

Nicht alle Arbeitsplätze in Deutschland stehen gleichermaßen im internationalen Wettbewerb. Dienstleistungen für Menschen in Bildung und Gesundheit, lokalem Handwerk, privaten Haushalten und soziale Diensten bergen aber die größten Beschäftigungspotenziale. Um sie zu erschließen, brauchen wir mehr öffentliche und private Nachfrage nach diesen Dienstleistungen. Eine höhere Erwerbsquote von Frauen und Männern wird auch die Nachfrage nach Dienstleistungen erhöhen.

Wir wollen qualifizierte Dienstleistungen stärken. Insbesondere vor dem Hintergrund des demografischen Wandels sind zusätzliche Investitionen in die Pflege-, die Gesundheits- oder Betreuungsdienstleistungen notwendig. Auch einfache Dienstleistungen müssen attraktiver gemacht werden. Darum setzen wir uns für eine stärkere Steuerfinanzierung der sozialen Sicherungssysteme ein. Im Gegenzug müssen gezielt die Lohnnebenkosten im unteren Einkommensbereich sinken.

Wachstum und Stabilität

Unsere Volkswirtschaft braucht stabile und wachstumsfreundliche Rahmenbedingungen für Unternehmen und Konsumentinnen und Konsumenten. Darum muss die Finanz- und Geldpolitik in Deutschland und Europa die Konjunktur festigen und ein stetiges, kräftiges Wachstum fördern. Der Staat muss durch nationale wie auch internationale Stabilisierungspolitik dazu beitragen, konjunkturelle Krisen zu überwinden. Eine hohe Binnennachfrage ist die Voraussetzung für mehr Beschäftigung. Wir setzen uns für Lohnsteigerungen ein, die sich an der Produktivität orientieren. Im unteren Einkommensbereich brauchen wir Mindestlöhne. Eine nachhaltige Wachstumsentwicklung braucht eine kontinuierlich ansteigende öffentliche Investitionsquote.

Solide Staatsfinanzen und öffentliche Zukunftsinvestitionen

Haushalts- und Finanzpolitik ist für uns Gestaltungspolitik. Solide öffentliche Finanzen sind eine Grundvoraussetzung für Wachstum, Wohlstand und

Arbeitsplätze. Das gilt ebenso umgekehrt. Solide Staatsfinanzen sind für uns aber auch Verpflichtung gegenüber kommenden Generationen. Allerdings darf die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte nicht dazu führen, dass der nächsten Generation eine marode öffentliche Infrastruktur hinterlassen wird.

Wir wollen die Verschuldung der öffentlichen Haushalte zurückführen und die staatlichen Ausgaben stärker auf Zukunftsinvestitionen ausrichten. Eine innovative und wettbewerbsfähige Wirtschaft braucht deutlich mehr Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur. Da alle gemeinsam den Nutzen aus solchen Investitionen ziehen, müssen sich auch Unternehmen und vermögende Privathaushalte entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit an der steuerlichen Finanzierung dieser Aufgaben beteiligen. Öffentlich-Private-Partnerschaften können ein Instrument sein, um nötige öffentliche Infrastrukturaufgaben zu realisieren.

Die öffentlichen Haushalte sind strukturell unterfinanziert und zu sehr von der konjunkturellen Entwicklung abhängig. Der Staat braucht verlässlichere Einnahmen, die in der Konjunktur weniger schwanken. Solide Einnahmen und Einsparungen lassen Schritt für Schritt erweiterte finanzielle und politische Spielräume entstehen – sowohl für staatliche Aufgaben wie für notwendige Zukunftsinvestitionen.

Eine ausgewogene Einkommensverteilung ist nicht nur sozial gerecht, sondern auch ökonomisch vernünftig. Wir halten am Ziel der Besteuerung nach Leistungsfähigkeit fest.

Das Verhältnis von niedriger Steuerquote und hoher Abgabenquote in Deutschland wollen wir ändern. Die sozialen Sicherungssysteme müssen stärker durch Steuern auf alle Einkunftsarten statt durch Beiträge von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern finanziert werden. Im Gegenzug sinken die Arbeitskosten, und alle Steuerzahlerinnen und Steuerzahler entrichten einen Anteil am sozialen Ausgleich. Steuerrechtliche Regelungen, die einer höheren Erwerbstätigkeit von Frauen entgegenstehen, wollen wir überwinden.

Wissen und Qualifikation als Produktivkräfte

Erfinderreichtum, gute Ideen und die Innovationen, die daraus entstehen, sind der wichtigste Rohstoff unseres Landes. Mit dem Übergang von der Industriegesellschaft zur industriellen Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft wird die Rolle qualifizierter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weiter aufgewertet. Die Wertschöpfung hängt in Zukunft entscheidend von der Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, auch der Älteren, sowie Investitionen in ihre Qualifizierung ab. Unternehmen und Unternehmer müssen menschliche Fähigkeiten und Fertigkeiten im eigenen Interesse stärker als bisher dauerhaft fördern. Den wachsenden Bedarf an Fachkräften zu

befriedigen, ist eine gemeinsame zentrale Aufgabe von Unternehmen, Gewerkschaften und Politik.

Wissen und Ideen sind Garanten unserer Arbeitsplätze. Dieses geistige Eigentum müssen wir schützen, denn Produkt- und Markenpiraterie schädigt nicht nur unsere Wirtschaft und ihre Innovationskraft, sondern gefährdet häufig auch die Verbraucher. Wir wollen das geistige Eigentum und das Urheberrecht sichern.

In der industriellen Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft kommt der Kreativwirtschaft eine wachsende Bedeutung zu. Wir sehen das Erfolgsrezept für mehr Innovation, Kreativität und Wertschöpfung in der richtigen Kombination aus Technologie, Talent und Toleranz. Wir müssen in Deutschland eine Atmosphäre von Offenheit für neue Ideen und Einflüsse von Querdenkern schaffen. Kreativität zu fördern, heißt für uns, immer wieder neu den Zugang und die Nutzung neuer Technologien zu ermöglichen.

Wirtschaftliche Demokratie und soziale Teilhabe

Ökologisch und sozial verantwortbares Wirtschaften verlangt wirtschaftliche Demokratie, soziale Teilhabe und eine zielführende politische Rahmensetzung. Wirtschaftliche Demokratie erfüllt die Forderung des Grundgesetzes: Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen

Die Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmen, die Tarifautonomie und das Streikrecht sind unverzichtbare Elemente der Sozialen Marktwirtschaft. Teilhabe und innerbetriebliche Demokratie sind kein Bremsklotz, sondern Voraussetzung für unternehmerischen Erfolg. In einer zunehmend europäisierten Volkswirtschaft ist es unser gemeinsames Ziel, Arbeitnehmerrechte und Mitbestimmung auf europäischer Ebene zu sichern und auszubauen. Wir bekennen uns insbesondere zur paritätischen Mitbestimmung von Kapital und Arbeitnehmerseite in den Aufsichtsräten großer Unternehmen. Die Stärkung und Verbesserung der Arbeit der Europäischen Betriebsräte ist notwendig.

Starke und verantwortungsvolle Gewerkschaften sind unverzichtbar für die wirtschaftliche Demokratie. Sie sind die stärkste Kraft, die für demokratische Beteiligung im Wirtschaftsleben und für den sozialpartnerschaftlichen Ausgleich unterschiedlicher Interessen sorgt. Wir werden das bewährte System, in dem die Arbeitsbedingungen durch den Gesetzgeber, die Tarifvertragsparteien und Betriebs- und Personalräte gestaltet werden, aufrechterhalten. Dasselbe gilt für die uneingeschränkte Tarifautonomie und für die Rechte und den Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Angriffe gegen sie werden wir abwehren.

Die Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Unternehmenskapital als zusätzliche Säule des Einkommens fördert Innovation und Produktivität und

gewährleistet eine gerechte Beteiligung der Beschäftigten am Firmenerfolg. Wir wollen Mitarbeiterbeteiligungsmodelle als Element der ökonomischen Teilhabe attraktiver machen. Das Unternehmensrisiko darf jedoch nicht auf die Arbeitnehmer übertragen werden.

Selbstständigkeit und verantwortliches Unternehmertum

Wir brauchen in Deutschland eine Kultur der Selbstständigkeit. Zusätzliche Arbeitsplätze entstehen vor allem durch Menschen, die sich mit ihren Ideen dem wirtschaftlichen Risiko aussetzen und neue Unternehmen gründen. Kreativität und Gründergeist sind unverzichtbare Produktivkräfte. Sie zeigen sich in einem lebendigen und innovativen Mittelstand in unserem Land. Wir wollen die Bedingungen für Unternehmensgründerinnen und -gründer sowie kleine und mittlere Unternehmen, Handwerker und Selbstständige in den freien Berufen gerade in einem schärfer gewordenen Wettbewerbsumfeld verbessern.

Unternehmerische Freiheit und soziale Verantwortung sind zwei Seiten derselben Medaille. Verantwortungsbewusste Unternehmerinnen und Unternehmer, die Marktchancen erkennen, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Erfolg beteiligen und beständig in die Zukunft investieren, finden unsere Unterstützung. Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist es, durch einen fairen Wettbewerbsrahmen und eine Wirtschaftskultur der Langfristigkeit verantwortliches Unternehmertum zu ermöglichen.

Kapital- und Finanzmärkte: Chancen nutzen, Risiken kontrollieren

Ein stabiler und gut funktionierender Finanzmarkt ist unverzichtbar für die moderne, global integrierte deutsche Volkswirtschaft, weil dort das notwendige Kapital für Unternehmen zur Verfügung gestellt wird. Die Finanzdienstleistungsbranche in Deutschland gehört außerdem selbst zu den größten Arbeitgebern. Wir wollen die Chancen und Potenziale der Güter- und Kapitalmärkte für dauerhaftes wirtschaftliches Wachstum, breiten Wohlstand und Beschäftigung nutzen. Besonders wichtig ist es, gerade jungen, innovativen Unternehmen besseren Zugang zu Wagniskapital zu verschaffen.

Wo die Finanzmärkte übertriebene und lediglich kurzfristige Renditen realisieren, werden langfristige Wachstumsstrategien von Unternehmen gefährdet und somit Arbeitsplätze vernichtet. Gesamtwirtschaftliche Krisen und die Überwälzung von Folgekosten auf die Gesellschaft müssen vermieden werden. Ziel sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik ist es, dass die Finanzmärkte einer langfristig ausgerichteten Wirtschaftskultur dienen. Wir wollen Anleger stärken, die statt schneller Rendite ein langfristiges Engagement im Blick haben. Wir wollen das Stimmrecht der Aktieninhaber in dieser Richtung gestalten. Dies ist eine zentrale Regulierungsaufgabe für die führenden Industrieländer in der Welt.

Mit der zunehmenden Vernetzung internationaler Güter- und Finanzmärkte wird die internationale Regulierung und Sicherung stabiler Finanzmärkte immer bedeutsamer. Stabile nationale und internationale Finanzmärkte sind ein wichtiges öffentliches Gut. Um dies zu erreichen, wollen wir mit anderen Staaten und internationalen Institutionen gemeinsam handeln. Unser Ziel ist, Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung zu fördern, aber auch eine wirksame Aufsicht zu schaffen und Regeln einzuführen, die unkalkulierbare Stabilitätsrisiken oder volkswirtschaftlich schädliche Fehlentwicklungen verhindern.

Für kleine und mittlere Unternehmen spielen kleinere Banken und die Sparkassen eine entscheidende Rolle. Darum wollen wir ihre besondere Rolle erhalten. Zahlreiche Banken in Deutschland und vor allem die Sparkassen und Genossenschaftsbanken zeichnen sich durch ihre langfristige Unternehmensfinanzierung und ihre Orientierung am Gemeinwohl aus. Diese wertvolle Stütze unserer Wettbewerbsfähigkeit werden wir nicht aufgeben.

Wettbewerb braucht Regeln

Staat und Wirtschaft stehen in einer sozialen Marktwirtschaft in der gemeinsamen Verantwortung für ein nachhaltiges und stabiles Wachstum. Aber Märkte brauchen faire Regeln, damit sie funktionieren. Diesen ordnungsrechtlichen Rahmen kann nur der Staat setzen. Wir wissen, dass dies in den globalisierten Bereichen der Wirtschaft nur noch im europäischen Rahmen möglich ist. Darum haben wir zentrale wirtschafts- und finanzpolitische Zuständigkeiten auf die Europäische Union übertragen. Und deshalb setzen wir uns für eine enge wirtschafts- und finanzpolitische Abstimmung zwischen den EU-Mitgliedsstaaten ein.

Damit die Mechanismen des Marktes funktionieren können, brauchen wir auch eine effiziente Wettbewerbspolitik. Sie muss die Entstehung und Konzentration übermäßiger wirtschaftlicher Macht – mindestens auf europäischer Ebene - verhindern.

Verbraucher und Verantwortung

Verantwortungsbewusste Konsumentinnen und Konsumenten sind Ausdruck einer solidarischen und demokratischen Bürgergesellschaft. Aktive Verbraucherpolitik stärkt die Nachfrageseite. Jeder verfügt mit jedem Kauf über Einfluss. Der Einzelne mag dabei schwach sein, aber die organisierte Kraft der Verbraucher ist ein wirksames Mittel, der wirtschaftlichen Entwicklung eine bessere, eine nachhaltige Richtung zu geben. Verbraucherinnen und Verbraucher, die bereit sind, qualitativ hochwertige Ware zu kaufen, sind die Pioniere neuer Märkte für innovative Produkte

Wir wollen transparent machen, unter welchen Bedingungen Produkte hergestellt und Dienstleistungen erbracht werden, gerade auf globalen Märkten. Kennzeichnung ermöglicht eine bewusste Nachfrage der Verbraucherinnen und Verbraucher. Erweiterte Informationsrechte und Transparenzregeln für emanzipierte Verbraucher tragen dazu bei, dass Märkte von der Nachfrageseite her beeinflusst und kontrolliert werden. Eine unabhängige Verbraucherberatung und verlässliche Qualitätskriterien müssen Sicherheit bieten. Die öffentliche Hand muss mit ihren Beschaffungs- und Investitionsentscheidungen Vorbild sein. Eine umfassende Verbraucherbildung kann die Menschen befähigen, sich in den immer komplexer werdenden Märkten zurechtzufinden und verantwortungsvolle Konsumententscheidungen zu treffen.

Dies gilt auch für den wachsenden Markt der Finanzdienstleistungen. Immer mehr Menschen werden Kapital zur persönlichen Altersvorsorge anlegen. Dies wollen wir in Einklang bringen mit einer langfristig und nachhaltigen ausgerichteten Wirtschaftspolitik.

4.6 Der Vorsorgende Sozialstaat

Der Sozialstaat ist eine große zivilisatorische Errungenschaft des 20. Jahrhunderts. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gehören Demokratie und Sozialstaat zusammen. Der Sozialstaat ergänzt die bürgerlichen Freiheitsrechte durch soziale Bürgerrechte. Wohlstand und wirtschaftliche Dynamik, soziale Sicherheit und gesellschaftlicher Zusammenhalt wurden nicht trotz, sondern wegen des Sozialstaats möglich. Der Sozialstaat leistet einen eigenen produktiven Beitrag für die gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen und den gesellschaftlichen Wohlstand sowie dessen gerechter Verteilung. Sozialstaatlichkeit ist organisierte Solidarität. In der Solidargemeinschaft stehen die Jungen für die Alten, die Gesunden für die Kranken, die Nichtbehinderten für die Behinderten, die Arbeitenden für die Arbeitslosen ein. Im Zentrum des Sozialstaats werden weiterhin staatlich verbürgte soziale Sicherheit und Teilhabe, der einklagbare Rechtsanspruch auf Sozialleistungen und die rechtlich gesicherte Stellung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stehen.

Auch im 21. Jahrhundert bleibt es eine zentrale Frage, wie der gesellschaftliche Wohlstand verteilt wird und welche Teilhabemöglichkeiten sich damit für jeden und jede Einzelne eröffnen. Die Behauptung der Marktradikalen, dass Ungleichheit wirtschaftlichen Fortschritt befördere, ist nicht nur inhuman, sondern auch falsch. Nur eine Gesellschaft, die das Leitbild des Wohlstands und der Teilhabe für alle verfolgt, ist eine zukunftsfähige Gesellschaft. Gerade in Anbetracht vielfältiger Lebensweisen und flexibler Erwerbsformen wird die zentrale Funktion des Sozialstaats wichtiger, Sicherheit im Wandel zu gewährleisten. Nur wenn die Menschen wissen, dass ihre elementaren sozialen Lebensrisiken verlässlich abgesichert werden, sind sie bereit Risiken

einzuweisen und mobil zu sein. Um dieses Sicherheitsversprechen zu erneuern, entwickeln wir den Sozialstaat weiter zum Vorsorgenden Sozialstaat.

Neues Leitbild

Das Leitbild unserer Sozialpolitik für das 21. Jahrhundert ist der Vorsorgende Sozialstaat. Er befähigt die Menschen, ihr Leben selbst bestimmt zu meistern, indem er aktivierende, präventive und investive Ziele in den Mittelpunkt stellt. Er fördert Existenz sichernde Erwerbsarbeit, hilft bei der Erziehung, setzt auf Gesundheitsprävention und verhindert Armut. Er gestaltet den demografischen Wandel und begreift Bildung als zentrales Element der Sozialpolitik. Er fördert eine höhere Erwerbsquote von Frauen und Älteren. Er verhindert Ausgrenzung und erleichtert berufliche Integration. Er entlässt nicht aus der Verantwortung für das eigene Leben.

Präventive und in Menschen investierende Sozialpolitik trägt zur finanziellen Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme bei. Zugleich sichert der Vorsorgende Sozialstaat die großen Lebensrisiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Pflegebedürftigkeit solidarisch ab und garantiert die Altersvorsorge. Angesichts der veränderten Erwerbs- und Arbeitsbiografien wollen wir unsere sozialen Sicherungssysteme so weiterentwickeln, dass sie für die unterschiedlichen Lebens- und Arbeitsphasen Sicherheit gewährleisten. Je erfolgreicher die Vorsorge wirkt, desto gezielter kann der Sozialstaat denjenigen helfen, die besonderer Unterstützung bedürfen. Dabei überwindet der Vorsorgende Sozialstaat gängiges Ressortdenken.

Wir verstehen die soziale Integration aller Menschen in die Gesellschaft als die übergeordnete Aufgabe des Vorsorgenden Sozialstaates. Dafür sind viele Politikfelder miteinander zu vernetzen und frühzeitige Vorsorge zu organisieren. Schon im Berliner Programm hieß es: „Sozialpolitik will nicht nur reparieren und in Notfällen einspringen, sondern vorausschauend gestalten.“ In diesem Sinn gehören zum Vorsorgenden Sozialstaat, die Wirtschafts- und Finanzpolitik, die Bildungs-, Gleichstellungs- und Familienpolitik, eine vorsorgende Sozialpolitik in den Kommunen, die faire Regulierung von Arbeit sowie eine zeitgemäße Politik der Integration von Einwanderern. Dabei hängen die Ergebnisse auf den einzelnen Politikfeldern davon ab, wie gut es gelingt, sie aufeinander zu beziehen und miteinander zu vernetzen:

Emanzipation, Teilhabe und Sicherheit

Der Vorsorgende Sozialstaat verfolgt die drei zentralen Ziele der Emanzipation, der Teilhabe und der Sicherheit.

Emanzipation ist die Voraussetzung für ein selbst bestimmtes Leben aller Bürgerinnen und Bürger. Die Menschen wollen ihr eigenes Leben frei und selbst bestimmt gestalten können. Die Befreiung von Zwängen, die sich aus

Herkunft und überkommenen Vorstellungen ergeben, war bereits das große Versprechen der Aufklärung und schon immer zentrales Ziel der Sozialdemokratie.

Teilhabe an den sozialen Gütern der Bildung, der Existenz sichernden Arbeit und der Gesundheit muss allen Menschen unabhängig von sozialer Herkunft, Alter oder Geschlecht von Anfang an und immer wieder aufs Neue offen stehen. Dies gilt besonders für Menschen, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigener Kraft bestreiten können: für Arbeitslose, Kranke, Pflegebedürftige, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen, aber auch für diejenigen, die ihrerseits pflegen und Kinder erziehen.

Sicherheit bedeutet nicht nur den Schutz der Menschen vor existentieller Not, vor elementaren Lebensrisiken und vor Diskriminierung. Vielmehr schafft Sicherheit auch die Voraussetzungen für ein selbst bestimmtes Leben. Grundlagen von Sicherheit sind nicht nur Arbeit, materielle Güter und Rechtsansprüche, sondern auch individuell erworbene kulturelle und soziale Kompetenzen.

Damit wir diese Ziele in unserer Zeit erreichen können, muss der Vorsorgende Sozialstaat verstärkt am Bürgerstatus und weniger stark am Erwerbsstatus anknüpfen. Wir werden die Teilhabe der Menschen so früh wie irgend möglich fördern sowie Bildung und Erziehung unserer Kinder in den Mittelpunkt unseres Handelns stellen. Dafür bedarf es der besseren Qualifizierung, Förderung und gesellschaftlichen Wertschätzung derjenigen, die in öffentlichen Einrichtungen wie den Kindertagesstätten, Schulen oder Tagespflegestellen wirken.

Wir brauchen mehr und bessere sozialen Dienstleistungen und Einrichtungen. Diese können vom Staat, den Freien Wohlfahrtsverbänden, aber auch in privater Initiative bereitgestellt werden. Dabei sichern staatlich gesetzte Rahmenbedingungen die Qualität sowie den freien und gleichen Zugang für alle.

Gerechtigkeit und Solidarität sind die Prinzipien der Finanzierung unseres Sozialstaates. Die einseitige Belastung der abhängig Beschäftigten bei der Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben ist weder sozial gerecht noch wirtschaftlich sinnvoll. Auch weiterhin werden die paritätisch finanzierten Sozialversicherungen die zentrale Säule unseres Sozialstaates bleiben. Wir wollen die Finanzierungsgrundlage der sozialen Sicherungssysteme weiter stärken und die paritätisch finanzierten Beiträge durch eine höhere und nachhaltige gesicherte Steuerfinanzierung ergänzen. Dabei gilt für uns die Regel: Der Anteil der Beiträge muss sinken, und der Anteil der Steuern muss steigen, um eine gerechtere, ergiebiger und nachhaltiger Finanzierung des Sozialstaates zu ermöglichen.

Teilhabeanspruch und das Recht auf Selbstbestimmung bestehen unabhängig vom Geschlecht, vom Lebensalter oder einer Behinderung. Menschen mit

Behinderungen bedürfen der Unterstützung und der Solidarität aller. Wir wollen die gleichberechtigte Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Voraussetzung hierfür ist die Barrierefreiheit in allen Lebensfeldern, damit Menschen mit Behinderungen selbst bestimmt leben können. Wichtig ist auch ein starkes öffentliches Engagement, um behinderte Kinder und Jugendliche in Regeleinrichtungen früh zu fördern und später eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Gute Arbeit: Flexibilität braucht Sicherheit

Die Arbeitswelt wandelt sich. Flexibilität, Mobilität und soziale Risiken haben enorm an Bedeutung gewonnen. Trotzdem: Soziale Sicherheit und rechtlicher Schutz müssen auch in Zukunft gewährleistet bleiben. Flexibilität braucht Sicherheit. Flexibilität darf nicht zu prekären Arbeitsverhältnissen führen. Gleiche Arbeit muss gleich entlohnt werden – das gilt besonders für die Arbeit von Frauen. In Würde zu arbeiten bedeutet: faire und gute Arbeitsbedingungen, Arbeits- und Gesundheitsschutz und effektiver Schutz vor Diskriminierung und sexueller Belästigung. Die Tarifautonomie und der Flächentarifvertrag bleiben für uns die grundlegenden Mechanismen für die Aushandlung und Gestaltung der Arbeitsbeziehungen. Der Kündigungsschutz bewahrt die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor Willkür.

Wir wollen die Möglichkeiten des sozialen Aufstiegs verbessern, die Durchlässigkeit der Arbeitsgesellschaft erhöhen und die Leistungsbereitschaft der Menschen unterstützen. Leistungsbereitschaft muss stärker gefördert werden und sich auch auszahlen.

Eine höhere Beschäftigungsquote von Frauen, aber auch von Älteren trägt dazu bei, Ausgrenzung zu verhindern und berufliche Integration zu erleichtern. Dadurch verbessern sich die Teilhabemöglichkeiten der Menschen und die Einnahmehasis von Steuern und Sozialversicherungen. Steigender Wohlstand aufgrund eines Anstiegs der Produktivität und des Bruttoinlandsproduktes leistet einen Beitrag zur Bewältigung der demografischen Herausforderungen für die sozialen Sicherungssysteme.

Frauen und Männer müssen gleichberechtigt und partnerschaftlich sowohl an der Erwerbsarbeit, am beruflichen Aufstieg als auch an anderen Formen von Arbeit wie Familienarbeit oder gesellschaftlich nützlicher Arbeit teilhaben können.

Arbeitszeitpolitik und Arbeitszeitgestaltung haben für uns einen hohen Stellenwert. Sie haben gesellschaftliche Bedeutung, denn sie beeinflussen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, an kulturellen, sozialen und ehrenamtlichen Betätigungen der Menschen. Die Arbeitszeitpolitik der Zukunft muss den berechtigten Interessen der Unternehmen an der Stärkung von Innovation und Wettbewerbsfähigkeit gerecht werden. In gleicher Weise muss

die künftige Arbeitszeitpolitik den Bedürfnissen der Beschäftigten nach mehr Zeitautonomie und Qualifizierungschancen sowie nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf entsprechen. Ein wichtiges Instrument, um die Ansprüche von Unternehmen sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Einklang zu bringen, sind Arbeitszeitkonten. Sie bedürfen aber eines ausreichenden Insolvenzschutzes und der rechtsverbindlichen Möglichkeit der Mitnahme beim Arbeitsplatzwechsel.

Wir setzen uns dafür ein, dass Arbeitszeit den Lebensphasen entsprechend angepasst werden kann. Gerade dies führt zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir wollen eine humane Ausgestaltung der Arbeitszeiten und der Arbeitsbedingungen, um vor der Überforderung infolge langer Arbeitszeiten bei gleichzeitiger Arbeitsverdichtung zu schützen. Wir wollen Arbeitszeitmodelle fördern, die es Müttern und Vätern gleichermaßen ermöglichen, ihre Erziehungspflichten wahrzunehmen.

Unser Ziel ist es, Arbeitslosigkeit bereits im Ansatz zu verhindern. Dazu müssen die Übergänge zwischen den Lebensphasen besser abgesichert werden. Zugleich ist es von entscheidender Bedeutung, ob es gelingt, die individuelle Arbeitsfähigkeit und Qualifikation zu erhalten und weiter zu entwickeln. Deshalb wollen wir eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die vorrangig den Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit durch Qualifizierung fördert. Ein wesentliches Instrument dieser aktivierenden Politik ist es, die Arbeitslosenversicherung zu einer Beschäftigungsversicherung auszubauen, um dadurch eine neue Kultur der Weiterbildung zu etablieren. Mit der Einführung einer Beschäftigungsversicherung wollen wir den Schwerpunkt auf den Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit und der stetigen Qualifizierung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer legen. Dazu gehören ein Rechtsanspruch auf Weiterbildung, Qualifizierungsangebote miteinander zu verzahnen und die Einrichtung von zentralen Lernzeitkonten.

Eine zentrale soziale Frage ist die Integration von Menschen ohne Berufsabschluss in den Arbeitsmarkt. Für Menschen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Chancen haben, ist die Existenz eines gemeinwohlorientierten und öffentlich geförderten Arbeitsmarktes wichtig, der sozialversicherungspflichtige Beschäftigung anbietet.

Aktive Arbeitsmarktpolitik kann Beschäftigungspolitik nicht ersetzen. Ohne höheres Wachstum wird es uns auf Dauer nicht gelingen, die Arbeitslosigkeit spürbar zu senken. Sozialdemokratische Politik für Wachstum und Beschäftigung muss alle Maßnahmen der Wirtschafts- – Struktur-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik in diesem Sinne koordinieren.

Gesund leben

Sozialdemokratische Gesundheitspolitik setzt bei der Vermeidung von Krankheiten und dem Erhalt von Gesundheit an. Sie zielt aber ebenso auf Heilung, Rehabilitation sowie ein menschenwürdiges Leben mit unheilbaren Erkrankungen und eine menschenwürdige Versorgung am Lebensende. Sie gewährleistet im Krankheitsfall aber auch den gleichen Versorgungsanspruch für alle Bürgerinnen und Bürger, unabhängig von Herkunft, Alter und Geschlecht, und garantiert, dass alle am medizinischen Fortschritt teilhaben können. Die Gesundheitsversorgung für alle in gleicher Weise sicherzustellen ist Aufgabe des sozialen Gesundheitswesens.

Wir wollen die Einführung einer Bürgerversicherung im Gesundheitswesen. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen versichert sein und entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zur Finanzierung des Gesundheitssystems beitragen. Sie sollen unabhängig von ihrem Erwerbsstatus in die Solidarität unseres Gesundheitswesens einbezogen werden. Paritätisch gemeinsam von Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufgebrachte Beiträge sollen auch zukünftig vorrangig unser Gesundheitswesen finanzieren. Jedoch ist ein wachsender und gesicherter Steueranteil notwendig, um die steigenden gesamtgesellschaftlichen Aufgaben und Leistungen der sozialen Krankenversicherung abzudecken.

Vorsorgende Gesundheitspolitik beginnt bei der Vermeidung von Krankheiten von Beginn des Lebens an. Wir wollen das Recht jedes Kindes auf gesundes Aufwachsen stärken, gesundheitsbewusstes Verhalten und Prävention fördern. Unser Ziel heißt: Gesundheit für alle Menschen. Dazu gehören eine gute Gesundheitserziehung von Anfang an, verpflichtende Vorsorgeuntersuchungen, auch in Kindertagesstätten und Schulen, sowie die offensive Gestaltung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, um die Gesundheit aktiv zu fördern.

Der medizinisch-technische Fortschritt eröffnet neue Möglichkeiten, kranke Menschen besser zu versorgen und zu heilen. Diese Fortschritte müssen allen Menschen gleichermaßen zugänglich sein. Die bereits feststellbaren Elemente einer Zwei-Klassen-Medizin sind für eine demokratische Gesellschaft nicht hinnehmbar.

Menschenwürdige Pflege

Die solidarischen Prinzipien der Bürgerversicherung wollen wir auch in der Pflegeversicherung anwenden. Die soziale Pflegeversicherung muss weiterentwickelt werden, indem ihre Leistungen dem sich ändernden Bedarf angepasst werden. Unser Pflegebegriff muss sich in Zukunft stärker an der individuellen Pflegebedürftigkeit ausrichten. Menschenwürdige Pflege wird auch in Zukunft in Familie, privatem Umfeld und ambulanten und stationären Einrichtungen gleichermaßen stattfinden und soll sich in diesen Bereichen wirksam ergänzen. Wir wollen private und kommunale Initiativen stärken, weil

Pflege auf vielfältiges Engagement angewiesen bleibt. Menschen bedürfen der besonderen Solidarität am Lebensende. Jeder Mensch hat den Anspruch auf ein Sterben in Würde.

Sicher und aktiv im Alter

Die Gesellschaft der Zukunft wird eine Gesellschaft des längeren Lebens sein. Die Menschen leben länger und bleiben länger gesund. An die Erwerbsphase schließt sich im Gegensatz zu früheren Zeiten eine dritte aktive Lebensphase mit neuen Möglichkeiten an. Dies eröffnet für unsere Gesellschaft neue Chancen, stellt uns aber auch vor neue Herausforderungen. Wir wollen, dass ältere Menschen, aktiv und kreativ am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

Es ist eine Errungenschaft des Sozialstaates, dass ältere Menschen ihr Leben frei von materieller Not gestalten können. Damit die Menschen auch zukünftig im Alter über ein Einkommen verfügen, das ihren Lebensstandard sichert, muss die gesetzliche Rentenversicherung die tragende Säule der Alterssicherung bleiben. Sie muss allerdings durch Einkünfte aus betrieblicher Alterssicherung sowie freiwilliger, aber staatlich geförderter privater Vorsorge ergänzt werden.

Wir wollen die gesetzliche Rentenversicherung von einer Versicherung der abhängig Beschäftigten zu einer Erwerbstätigenversicherung weiterentwickeln, in die auch Selbstständige sowie Beamtinnen und Beamten einbezogen sind, und so den veränderten Bedingungen des Erwerbslebens anpassen. Dabei halten wir am Erwerbseinkommen als Maßstab für die Rentenhöhe fest.

Die Beitragsbezogenheit der Rente muss durch das Ziel der Armutsvermeidung ergänzt werden. Sicherungslücken im Alter durch Lebensphasen, in denen keine Erwerbstätigkeit möglich ist, dürfen nicht entstehen.

Voraussetzung für eine eigenständige Alterssicherung der Frauen sind eine möglichst durchgehende Erwerbstätigkeit mit Existenz sicherndem Einkommen sowie die Gleichstellung von Männern und Frauen beim Berufszugang und beruflichem Aufstieg. Solange dies nicht gewährleistet ist, wird die bedarfsorientierte soziale Grundsicherung als Ergänzung zur gesetzlichen Rente Altersarmut verhindern.

Vorsorgende Sozialpolitik in den Kommunen

Vorsorgende Sozialpolitik der Kommunen setzt an den Ursachen der Unterstützungsbedürftigkeit an. Die wesentlichen Prinzipien heißen: „Hilfe zur Selbsthilfe“, „Fördern und Fordern“ und „Vorbeugen statt Nachsorgen“. In den Kommunen erhalten die Menschen zielgerichtete Hilfe, um ihre spezifische Lebenslage besser bewältigen zu können. Kommunale Sozialpolitik muss

helfen, Notlagen zu überwinden. Dabei müssen die Selbsthilfekräfte organisiert und unterstützt werden.

Die Qualität des Vorsorgenden Sozialstaates erweist sich vor allem in der kommunalen Praxis, wie zum Beispiel in hochwertigen Kindergärten und Schulen, in einem lebenswerten barrierefreien Wohnumfeld für alle Generationen und in vielfältigen Angeboten für Sport und Freizeit.

Eine vorsorgende Kommunalpolitik orientiert sich an Sozialräumen. Wir erkennen diese Sozialräume als Handlungsfelder und bündeln dort Maßnahmen aus verschiedenen Politikfeldern, um den sozialen Zusammenhalt in den Kommunen zu erhalten und zu fördern. Daher praktizieren wir eine aktive Stadtteilentwicklungspolitik der Sozialen Stadt. Die Politik der Sozialen Stadt führt Fragen der Beschäftigung, des Wohnens, der Qualifizierung, des Lebensstils und der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zusammen. Ein zentrales Handlungsfeld liegt darin, die Fähigkeiten der Bürgerinnen und Bürger zur Zusammenarbeit, zum Miteinander und zur sozialen Vernetzung zu stärken. Durch die Förderung von Selbsthilfe, Verantwortungsübernahme und kooperative Strukturen und die hierfür erforderliche Infrastruktur wollen wir die Menschen befähigen, beteiligen und das Zusammenleben der unterschiedlichen sozialen und ethnischen Gruppen stärken.

Sozialdemokratische Politik unterstützt dieses Engagement der Kommunen, setzt sich für bezahlbaren Wohnraum ein und schützt die Rechte der Mieter.

4.7 Bildung in der lernenden Gesellschaft

Bildung entscheidet unsere Zukunft. Sie ist die große soziale Frage unserer Zeit. Bildung eröffnet Wege für jede und jeden Einzelnen. Sie erst ermöglicht dem Menschen, sich selbst bestimmte Ziele zu setzen und Träume zu verwirklichen. Sie erschließt ihm den Zugang zu einer Welt im Wandel. Sie befähigt ihn zu Demokratie und sozialer Verantwortung. Sie eröffnet ihm die Chance auf Arbeit und verbessert die soziale Sicherheit, von der Jugend bis ins hohe Alter. Vor allem Bildung sorgt immer neu für Teilhabe und soziale Aufstiegsperspektiven. Bildung ist ein Schlüssel zur freien, friedlichen, gerechten und demokratischen Gesellschaft. Sie ist eine wirtschaftliche Produktivkraft mit rasant wachsender Bedeutung. Nur Gesellschaften, die ein offenes, sozial durchlässiges und hoch entwickeltes Bildungssystem haben, prosperieren in der globalen Wissensgesellschaft.

Unser Bildungswesen muss von Anfang an die Gleichstellung von Mädchen und Jungen und die Integration von Zugewanderten im Blick haben.

Das Wissen nimmt in einem atemberaubenden Tempo zu. Erworbene Kenntnisse sind schnell überholt. Gute Bildung ist eine dauernde Aufgabe. Menschen lernen für das Leben, vor allem aber ein Leben lang. Kein Individuum kann alles verfügbare Wissen in sich vereinigen, aber gemeinsam mit anderen können wir den größtmöglichen Nutzen für alle aus dem Wissensfortschritt ziehen. Wir wollen Freude am Lernen und Offenheit gegenüber Errungenschaften der Forschung vermitteln.

Wir wollen eine ganzheitliche Bildung. Sie richtet sich auf theoretisches Wissen, soziale Kompetenzen und beruflich verwertbare Inhalte. Sie umfasst nicht minder die ästhetische Erfahrung, die ethische Reflexion und die Wertevermittlung. Um unsere offene Gesellschaft zu stärken, brauchen wir eine Aufwertung der politischen Bildung und Erziehung zur Demokratie. Umfassende kulturelle und soziale Bildung stärkt die Persönlichkeit. Starke Persönlichkeiten sind fähig zur Toleranz und respektieren andere Kulturen.

Bildung für alle

Wir wollen den freien Zugang zu Informationen, zu Bildung und Wissen. Eine gerechte Gesellschaft muss Chancengleichheit verwirklichen. Jede Form der Ausgrenzung durch mangelnde Bildungschancen müssen wir überwinden. Von der frühkindlichen Bildung bis zum ersten beruflichen Abschluss müssen wir Eltern und Kindern den Weg frei machen und finanzielle Hürden beseitigen. Jeder Mensch hat das Recht auf eine gebührenfreie Ausbildung vom Kindergarten bis einschließlich des Studiums.

Es ist die Aufgabe des Staates, dafür zu sorgen, dass Bildung unabhängig von der Herkunft für alle gleichermaßen zugänglich ist. Die öffentlichen Ausgaben für Bildung müssen steigen. Sie müssen mit der wachsenden Bedeutung von Bildung Schritt halten. Bildungsausgaben müssen als Investitionen anerkannt werden. Investitionen in die Menschen müssen Priorität bekommen.

Wir brauchen eine Kultur der zweiten, der dritten Chance. Wer im Laufe seines Lebens in eine Sackgasse geraten ist, muss die Möglichkeit haben, Schulabschlüsse gebührenfrei nachzuholen und berufliche Abschlüsse zu erwerben.

Wir brauchen bessere und breitere Bildung. Wir bekämpfen den Analphabetismus. Alle Menschen müssen die Möglichkeit erhalten, sich moderner Medien bedienen zu können. Digitale Spaltungen in unserer Gesellschaft verhindern wir, indem der Umgang mit Computer und Internet in allen Bereichen von Bildung und Weiterbildung eingeübt wird. Mädchen und Frauen müssen daran gleichberechtigt beteiligt werden. Bessere Medienkompetenz schafft die Voraussetzung für einen bewussten und kritischen Umgang mit Medien.

Wer an Kindertagesstätten, Schulen, Berufsschulen und Hochschulen Wissen und Werte vermittelt, leistet eine herausragend wichtige Arbeit für unsere Gesellschaft. Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer, Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer tragen große Verantwortung. Ihnen gebührt mehr Anerkennung und Unterstützung. Wir wollen diese Berufe stärken. Wir müssen darauf achten, dass das Verhältnis zwischen Frauen und Männern unter den Lehrenden vom Kindergarten bis zur Hochschule ausgewogener wird. Nur so haben Jungen und Mädchen Leitbilder. Die Aus- und Weiterbildung muss verbessert werden.

Eltern spielen für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen eine entscheidende Rolle. Wir wollen sie bei dieser Aufgabe unterstützen. Wo Eltern nicht in der Lage sind, ihren Kindern eine ausreichende Entwicklung zu garantieren, müssen das Bildungssystem und eine wachsame Kinder- und Jugendhilfe alle Anstrengungen unternehmen, um jedem Kind gleiche Entwicklungschancen zu ermöglichen.

Bildung von Anfang an

Die Förderung von Kindern beginnt für uns bei der gezielten Unterstützung von Schwangeren und Eltern. Die ersten Wochen und Jahre des Lebens sind entscheidend. An der Seite der Eltern sind Ärztinnen und Ärzte, Hebammen, Krankenschwestern und Krankenpfleger die ersten, die das Wohl und die Entwicklung des Kindes fördern. Wir wollen sie gut darauf vorbereiten.

Für uns sind Kindertagesstätten ein unverzichtbares Glied der Bildungskette. Sie können herkunftsbedingte Benachteiligungen frühzeitig ausgleichen. Wir wollen den Bildungs- und Erziehungsauftrag von vorschulischen Einrichtungen stärken. Wir werden Kindertageseinrichtungen zu Eltern-Kind-Zentren ausbauen. Dort finden Familien gute Beratung, verlässliche Hilfe im Alltag und Weiterbildung. Die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern richten wir stärker auf frühkindliche Bildung aus. Ein besonderes Augenmerk muss der Sprachförderung, der gesundheitlichen Entwicklung eines jeden Kindes und der Gleichstellung von Mädchen und Jungen gelten.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben erfolgreich die Abschaffung des Schulgeldes erkämpft. Jetzt fordern wir die gebührenfreie Ganztagsbetreuung für alle Kinder von Anfang an. Ab dem zweiten Lebensjahr soll es einen Rechtsanspruch auf Betreuung geben.

Gemeinsam lernen

Wir wollen den Ausbau der Ganztagschule. Kinder finden in der Ganztagschule verlässliche Lern- und Unterrichtszeiten. Sie sind auch Zeiten des sozialen Lernens und der mitmenschlichen Erfahrung. Die Schule wird zu einem Lebensmittelpunkt von Kindern und Jugendlichen.

Die Ganztagschule ist sozial verankert. Sie bezieht Sportvereine, Musikschulen, Volkshochschulen und Betriebe aus der Nachbarschaft ebenso ein wie Träger der freien Jugendhilfe. Wir wollen in den Ganztagschulen mehr Möglichkeiten schaffen, um Schülerinnen und Schüler so zu fördern, wie sie es persönlich brauchen. So können wir ihre Stärken entdecken und entwickeln. Die Eltern werden durch ganztägige Angebote entlastet.

Wir wollen ein längeres gemeinsames Lernen mit einer besseren individuellen Förderung verbinden. Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen, dass sowohl Lernschwache als auch Lernstarke so ein höheres Kompetenzniveau erreichen können. Wir wollen ein Schulsystem, in dem es gelingt, den Zusammenhang von Bildungschancen und sozialer Herkunft aufzubrechen.

Wir wollen, dass Schulen selbständiger arbeiten. Sie erhalten verbindliche Standards, und ihre Leistungsfähigkeit wird regelmäßig überprüft. Dabei sollen sie jedoch weit mehr eigene Kreativität und Kompetenz entfalten können. Dazu gehören auch die Auswahl des Personals und ein verlässliches Schulbudget. Unser Leitbild ist die demokratische Schule, in der die Lehrenden ebenso wie die Lernenden und ihre Eltern in die Entscheidungen eingebunden sind.

Die berufliche Ausbildung modernisieren

Die berufliche Erstausbildung ist eine wichtige Grundlage für die Berufsausübung und für das lebenslange berufliche Lernen. Sie muss deshalb auch berufsübergreifende Fähigkeiten vermitteln. Wir wollen, dass alle Jugendlichen die Möglichkeit erhalten, eine qualifizierte Ausbildung zu durchlaufen, die sie dazu befähigt, am Arbeitsleben teilzunehmen und ein selbst bestimmtes Leben zu führen.

Das Duale System wollen wir weiterentwickeln. Es muss so modernisiert werden, dass es mit den rasanten Entwicklungen in der Arbeitswelt Schritt hält. Das Duale System muss in den neuen Branchen stärker verankert werden. Nötig sind eine gute Verzahnung von Betrieb und Schule, engagierte Hilfen für neue Betriebe. Lernschwache brauchen besondere, auf sie zugeschnittene Hilfen. Die Unternehmen sind dabei in der Pflicht, für die Ausbildung des Fachkräftenachwuchses zu sorgen. Solidarische Finanzierungsmodelle können dabei helfen. Ergänzende vollschulische Berufsausbildung muss zu gleichwertigen Abschlüssen führen.

Schulen und Betriebe müssen gut zusammenarbeiten. Der Schritt von der allgemein bildenden Schule in die berufliche Ausbildung fällt Jugendlichen viel leichter, wenn sie sich schon in den Schulen realistisch auf den Beruf hin orientieren. Mädchen und Frauen sollen selbst entscheiden, was sie werden. Überkommene Rollenmuster müssen aufgebrochen werden. Wir wollen erreichen, dass Frauen bei der Studien- und Berufswahl in gleicher Weise wie Männer an technische und naturwissenschaftliche Berufsfelder herangeführt

werden. Wir müssen auch Jungen aus ihrer alten Rollenfixierung herausführen, damit sie die allgemein bildenden Schulen besser bewältigen können.

Das Studium und die Forschung stärken

Gesellschaft und Wirtschaft brauchen immer mehr hoch qualifizierte Fachkräfte. Deshalb müssen weit mehr Menschen in Deutschland erfolgreich studieren. Wir wollen die Qualität von Lehre und Forschung in unseren Hochschulen verbessern und die Studienplätze ausbauen. Wir bekennen uns zur Verantwortung des Staates für die Hochschulen. Er hat die Aufgabe die Finanzierung der Hochschulen abzusichern.

Hochschulen sollen so weit wie möglich autonom sein. Wir wollen die Mitbestimmung all derer ermöglichen, die am Leben der Hochschule beteiligt sind.

Forschung und Lehre bilden eine Einheit. Die Hochschulen müssen insgesamt das breite Spektrum von Lehre und Forschung anbieten. Sozial- und Geisteswissenschaften müssen ebenso gefördert werden wie Natur- und Technikwissenschaften. Hochschulen und Forschungseinrichtungen müssen eng zusammen arbeiten.

Wir wollen einen offenen Zugang zum Studium. Wir wollen den Anteil der Studierenden aus bildungsfernen Familien erhöhen. Entschluss und Talent sollen entscheiden, nicht der soziale Hintergrund. Um einen fairen Wettbewerb zwischen den Ländern zu gewährleisten und Anreize für den Ausbau von Studienplätzen zu geben, setzen wir uns für einen finanziellen Ausgleich zwischen den Ländern ein.

Das Studium muss auch aus einer beruflichen Qualifizierung heraus möglich sein. Der Staat unterstützt das Studieren durch Zuschüsse, Darlehen und Stipendien.

Wir wollen die internationale Erfahrung von Studierenden erhöhen und die Studienförderung darauf ausrichten. Zugleich soll unser Land offen und attraktiv für Studierende aus anderen Ländern sein. Dafür müssen auch bürokratische Zugangsschranken abgebaut werden. Um die besten Köpfe zu gewinnen, brauchen wir Stipendien für begabte Studierende aus dem Ausland.

Weiterbildung in der lernenden Gesellschaft

Wir wollen die lernende Gesellschaft, in der Menschen sich ein Leben lang weiterentwickeln können. Wir wollen die Weiterbildung zur vierten Säule im Bildungssystem ausbauen und den Aufstieg durch Bildung für alle möglich machen. Auch diese vierte Säule steht in der öffentlichen Verantwortung. Damit die Menschen sich engagiert fortbilden, wollen wir sie durch

Freistellungsansprüche und finanzielle Förderung unterstützen. Dabei müssen die besonderen Belange von Müttern und Vätern berücksichtigt werden. Wir brauchen dafür gemeinsame Lösungen der Politik, der Tarifpartner und der Betriebe. Wir werden die bestehende Arbeitslosenversicherung zu einer Beschäftigungsversicherung weiterentwickeln und damit einen Beitrag zur Finanzierung von Weiterbildung leisten. In den Hochschulen wollen wir die berufliche Weiterbildung als eigene Aufgabe entwickeln. Damit die Bereitschaft zum lebenslangen Lernen bei niemandem an finanziellen Hürden scheitert, benötigen wir eine Neuordnung und Weiterentwicklung staatlicher Weiterbildungsförderung.

Die Teilhabe an lebenslangem Lernen sichert nicht allein die Beschäftigungsfähigkeit, sondern ist Kernelement einer erfüllten persönlichen und gesellschaftlichen Lebensführung. Neben der beruflichen kommt deshalb der allgemeinen, politischen und kulturellen Weiterbildung eine wichtige Bedeutung zu. Volkshochschulen müssen dabei wieder eine wichtigere Rolle spielen.

Durch Weiterbildung können ältere Menschen in Beruf und Gesellschaft aktiv bleiben. Wir wollen ihre Beteiligung an Weiterbildung erhöhen. Das sichert die Innovationskraft in einer Gesellschaft des langen Lebens. Wir wollen, dass Lernen und Bildung in der dritten Lebensphase die Beziehungen zwischen den Generationen bereichert.

4.8 Kinder und Familien stärken

Kinder verkörpern Freude auf die Zukunft. Sie sind das Fundament jeder Gesellschaft. Wir wollen eine Gesellschaft, die Familien mit Kindern beste Bedingungen bietet, und ein Klima der Aufgeschlossenheit und Akzeptanz gegenüber den Bedürfnissen von Kindern. In der Familie können Menschen Liebe, Geborgenheit und Halt, Orientierung und gegenseitige Unterstützung finden.

Eine erfolgreiche Kinder- und Familienpolitik gehört zu den Schlüsselfragen für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes – sozial, wirtschaftlich und politisch. Die Gründe für die anhaltend niedrige Geburtenrate in Deutschland liegen unter anderem in überholten Rollenbildern und in politischen Versäumnissen. Kinder- und Familienpolitik muss vom Rand ins Zentrum unserer Aufmerksamkeit rücken. Wir brauchen eine Kinder- und Familienpolitik, die Grenzen von Ressorts und Zuständigkeitsebenen überwindet.

Nur eine kinderfreundliche Gesellschaft kann dynamisch und wachstumsstark sein. Wir wollen dafür sorgen, dass jeder Mensch die Chance hat, seinen Lebensentwurf zu verwirklichen. Deshalb setzen wir auf eine Politik, die es

jungen Frauen und Männern leichter macht, ihre Kinderwünsche zu erfüllen, ohne dabei ihre beruflichen Wünsche und Perspektiven zu gefährden. Das gilt besonders für die Eltern, die sich für mehrere Kinder entscheiden. Junge Menschen brauchen in der Phase der Familiengründung mehr finanzielle Hilfen, aber auch mehr Unterstützung aus der Gesellschaft und von Arbeitgebern.

Wir wollen die politischen Rahmenbedingungen grundlegend verbessern, damit junge Frauen und Männer sich wieder für Kinder entscheiden können. Dabei brauchen sie gezielte Unterstützung in jeder Lebensphase, auch in Ausbildung oder Berufseinstieg. Und wir wollen, dass Menschen, die sich drei oder mehr Kinder wünschen, nicht wegen der finanziellen Konsequenzen darauf verzichten. Es ist eine massive Einschränkung von individueller Freiheit und von Lebenschancen, wenn viele Männer und Frauen wegen der mangelnden Vereinbarkeit von Familie und Beruf kinderlos bleiben.

Die Arbeitswelt muss den Bedürfnissen der Familien Rechnung tragen. Erwerbsverhältnisse, die auf Dauer weder Planbarkeit noch wirtschaftliche Selbstständigkeit ermöglichen, erschweren jungen Menschen die Entscheidung für Kinder. Arbeitsbedingungen, die sich immer einseitiger am Ideal des allzeit verfügbaren Individuums ausrichten, gefährden stabile zwischenmenschliche Beziehungen und den sozialen Zusammenhalt in unserem Land. Arbeitszeiten, aber auch betriebliche Aus- und Fortbildungszeiten müssen sich stärker an den Bedürfnissen von Eltern orientieren. Somit eröffnen wir ihnen gleiche Chancen auf eine Existenz sichernde Erwerbsarbeit, gleiche Chancen auf Karriere und Führungspositionen und die Möglichkeit für eine partnerschaftliche Teilung der Erziehungs- und Familienaufgaben. Das nutzt Familien und Unternehmen.

Wenn Eltern sich trennen, wird dies zunehmend zum Armutsrisiko für die Kinder. Alleinerziehende Elternteile, in der Regel die Mütter, sind mangels Betreuungsangeboten meist nicht in der Lage, einen Beruf auszuüben. Die finanziellen Engpässe treffen getrennt lebende Mütter wie Väter, besonders wenn sie gemeinsam mehrere Kinder haben. Der Staat muss insbesondere durch Bildungs- und Betreuungsmöglichkeiten dafür sorgen, dass Alleinerziehende erwerbstätig sein können.

Wir finden uns nicht damit ab, dass soziale Situation und Herkunft der Eltern bis heute entscheidend die Bildungs- und späteren Erwerbschancen der Kinder bestimmen. Familienpolitik ist darum ein wichtiger Bestandteil von Integrationspolitik.

Wir orientieren unser Familienbild an der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Die meisten Menschen wünschen sich die Ehe. Wir unterstützen aber auch andere gemeinsame Lebenswege, gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften und alleinerziehende Eltern. Familie ist dort, wo Kinder sind und wo Lebenspartner oder Generationen füreinander eintreten. Jeder hat Familie, auch Menschen ohne eigene Kinder.

Unser Leitbild ist die Familie, in der Mutter und Vater gleichermaßen für den Unterhalt und die Fürsorge verantwortlich sind. Das will die große Mehrheit der jungen Menschen. Es entspricht den Bedürfnissen der Kinder nach Mutter und Vater, und es sichert die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Familien. Gleichzeitig verdient die Leistung allein erziehender Eltern mehr Anerkennung und Unterstützung.

Die Entscheidung für Kinder ist und bleibt privat. Aber zugleich beeinflusst jedes Ja oder Nein zu einem Kind die Zukunft unseres Landes. Wir wollen deshalb die gesellschaftliche Verantwortung für Kinder stärken. Das heißt: intensive fachliche Begleitung für alle Eltern und einen Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung ab dem zweiten Lebensjahr. Eltern brauchen gerade in den ersten Lebensjahren ihrer Kinder mehr Unterstützung. Was Mütter und Väter in dieser frühen Phase versäumen, kann später nur schwer ausgeglichen werden. Beide Elternteile haben das Recht, aber auch die Pflicht zur Erziehung ihrer Kinder.

Eine besondere Verantwortung hat der Staat für Kinder, die in ihren Familien keine ausreichende Unterstützung bekommen oder sogar Gewalt erfahren. Das Elternrecht findet seine Grenzen, wo das Kindesrecht verletzt wird. Kinder haben eigene Rechte und wir wollen, dass sie in der Verfassung verankert werden. Wenn Konflikte in der Familie in Gewalt gegen Frauen oder die Vernachlässigung von Kindern ausarten, müssen Staat und Gesellschaft eingreifen.

4.9 Nachhaltiger Fortschritt

Wir legen unserer Politik auf allen Feldern das Prinzip der Nachhaltigkeit zugrunde. Die nachhaltige Entwicklung schafft eine Balance von sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Zielen. Sie bezieht die Bedürfnisse künftiger Generationen in unsere heutigen Entscheidungen mit ein.

Energie ist ebenso wie Luft, Wasser und andere natürliche Ressourcen Lebensgrundlage unserer Zivilisation. Die heutige Art, mit Energie umzugehen und Ressourcen zu verschwenden, hat keine Zukunft mehr. Die Natur reagiert auf menschliche Einflüsse. Der Klimawandel gehört zu den größten globalen Gefahren. Das weltweite Wachstum des Energiebedarfs und die Zunahme des Naturverbrauchs machen rasches Umsteuern zwingend erforderlich.

Technologie und gesellschaftliche Verantwortung

Ein besseres Leben mit höherem Wohlstand ist möglich, und zwar nicht nur hier und heute, sondern weltweit und auch für kommende Generationen. Die

ökologischen und sozialen Probleme der modernen Welt können wir mit den Mitteln der modernen Welt lösen. Das Wissen und das Können der Menschheit eröffnen Möglichkeiten, die lange als undenkbar galten. Wir können Krankheiten besiegen, die unheilbar waren. Wir können den Hunger bekämpfen. Wir können mobil sein mit einem Bruchteil der ehemals erforderlichen Antriebskraft. Die Wirtschaft kann wachsen, ohne die Natur zu zerstören. Das alles ist möglich, wenn wir unser Können entschlossen und vernünftig nutzen.

Wir fördern Ideen und Erfindergeist. Nutzen und Risiken neuer Technologien prüfen wir unvoreingenommen darauf, ob sie der freien Entfaltung, der Würde, der Sicherheit und dem sozialen Miteinander der Menschen dienen. Wir wissen: Technische Neuerungen brauchen gesellschaftliche Akzeptanz. Sie wächst in dem Maße, in dem der Fortschritt das Leben verbessert und alle Menschen erreicht.

Bio- und Gentechnologie und die neuen Möglichkeiten der Medizin führen uns in ethische Grenzbereiche. Ihre Erforschung und Anwendung erfordern deshalb eine ethische Reflexion und breite Diskussion. Wir suchen das Gespräch darüber mit der Wissenschaft ebenso wie mit den Kirchen und Glaubensgemeinschaften. Die Würde des menschlichen Lebens darf in all seinen Phasen nicht angetastet werden. Am Verbot des gezielten genetischen Eingriffs in die menschliche Keimbahn halten wir fest.

Ressourcensicherung, Klimaschutz und natürliche Lebensgrundlage

Ressourcenverfügbarkeit ist die Voraussetzung für alle wirtschaftlichen und zivilisatorischen Aktivitäten. Deshalb ist die Sicherung der Ressourcenbasis ein existentielles Grunderfordernis für jedwedes Gemeinwesen. Aus Gründen internationaler Zusammenarbeit und der Friedenssicherung muss die Ressourcensicherung in einer Weise erfolgen, die anderen Gesellschaften nicht die für diese ebenso unverzichtbaren Ressourcen nimmt. Das gilt für Energie, Rohstoffe, Wasser und Bodenfruchtbarkeit.

Die Nutzung von Energie- und Rohstoffen erfolgt in modernen Gesellschaften durch deren Umwandlung mit entsprechenden Technologien. Dabei entstehen unvermeidlich Verluste. Enthalten die Ressourcen Schadstoffe, so werden diese bei der Umwandlung freigesetzt und gefährden damit die Gesundheit der Menschen und die natürlichen Lebensgrundlagen, je mehr solche Ressourcen genutzt werden.

Seit Beginn des Industriezeitalters wurde in wachsendem Maße auf begrenzt vorhandene und damit erschöpfliche Ressourcen gesetzt. Beim Einsatz fossiler Energien kommt hinzu, dass diese schadstoffhaltig sind und wegen der ständig gesteigerten Bedarfsmengen zur globalen Umweltkrise geführt haben, die den Fortbestand der Zivilisation gefährdet, insbesondere in Form von

Klimakatastrophen. Die Atomenergie erschien vielen als die große Hoffnung für das nahende postfossile Zeitalter. Sie kann diesen Hoffnungen aus vielerlei mittlerweile erkannten Gründen nicht entsprechen, unter anderem wegen unverantwortlicher Unfallrisiken und der Hinterlassenschaft atomaren Mülls für zehntausende von Jahren. Keine Generation darf kommende Generationen für derartige Zeiträume eine solche Last aufbürden.

Für uns ist es deshalb eine Schlüsselaufgabe für das 21. Jahrhundert, den Wechsel von erschöpflichen zu unerschöpflichen und von schadstoffhaltigen zu schadstofffreien Ressourcen konsequent zu realisieren. Unser Ziel ist das solare Zeitalter.

Angesichts der umfassenden Potentiale und bereits vorhandener Technologien ist das nicht nur möglich. Es ist auch die große Chance, die zivilisatorischen Fortschritte der modernen Wirtschaftsentwicklung aufrecht zu erhalten und die gesamte Menschheit daran teilhaben zu lassen. Voraussetzung dafür ist ein breiter Strukturwandel zu neuen dezentralen Formen der Energiebereitstellung.

Die größte Brücke dahin ist die Effizienz- und Einsparrevolution, die zu wesentlich vermindertem Energieeinsatz und Umwandlungsverlusten führt. Damit ist es möglich, den tatsächlichen Energieeinsatz der Menschen bis zum Jahr 2020 zu halbieren und bis Mitte des Jahrhunderts um den Faktor 4 zu senken. Dies und der gleichzeitige Wechsel zu erneuerbaren Energien erfordert vielfältige neue Technologien und ermöglicht das Entstehen zahlreicher neuer Arbeitsplätze in Industrie-, Handwerks- und Dienstleistungsberufen sowie in der Land- und Forstwirtschaft. Wir leisten damit den wichtigsten Beitrag zur Vermeidung internationaler Ressourcenkonflikte, für die wirtschaftliche Entwicklung der bisher nicht industrialisierten Welt, und zur Überwindung existenzieller Energieabhängigkeiten, die ganze Staaten erpressbar gemacht haben. Erneuerbare Energien sind überall die jeweils größten und auf Dauer verfügbaren heimischen Energiepotentiale. Gleichzeitig senken wir den Wasserverbrauch und leisten damit einen Beitrag zur Überwindung von Wasserkrise, weil die Förderung und der Einsatz atomarer und fossiler Energieressourcen einen großen Wasserbedarf erfordern.

Die Substitution der nicht erneuerbaren Energien muss dabei bei denjenigen Energien vorrangig ansetzen, deren Reserven sich frühzeitiger erschöpfen, also bei Erdöl und Erdgas und bei denjenigen, für die wir auf Importe angewiesen sind. Das heißt, dass es unter den fossilen Energieträgern einen Vorrang für die heimische Kohle gibt.

Wir sind stolz darauf, seit 1998 als Regierungspartei den Weg zum Solarzeitalter eingeschlagen und dabei eine weltweite Vorreiterrolle übernommen zu haben. Um diese Entwicklung auch weltweit zu beschleunigen, betreiben wir die Einrichtung einer Internationalen Regierungsagentur für erneuerbare Energien (IRENA).

Auch auf dem Gebiet der industriellen Rohstoffe zielen wir darauf, diese durch erneuerbare Rohstoffe so weit wie möglich zu ersetzen, was insbesondere im Bereich der chemischen Grundstoffe möglich ist und die Zukunft der chemischen Industrie sichert. Auch für den Bereich mineralischer Rohstoffe ist mit unbegrenzt verfügbaren Ersatzstoffen eine Ressourcensicherung möglich, worauf wir einen technologiepolitischen Schwerpunkt legen. Mit gleicher Intensität setzen wir auf die Steigerung der Materialeffizienz, die Steigerung der stofflichen Produktivität und auf Wiederverwertungsverfahren, was zur Materialeinsparung und zur Müllvermeidung führt sowie Umweltschäden vermeiden hilft. Mit diesen Investitionen zur Ressourcensicherung entsteht eine moderne Kreislaufwirtschaft mit dauerhaften Chancen für mittlere und kleinere Unternehmen auf regionaler und kommunaler Ebene.

Die Aufnahmemöglichkeiten der Erde für schädliche Emissionen sind an ihre Grenzen gelangt. Um die Erderwärmung auf ein verträgliches Maß zu begrenzen, muss der weltweite Ausstoß von Treibhausgasen bis 2050 halbiert werden.

Das Kyoto-Abkommen ist nur ein Anfang. Wir setzen auf weitere ehrgeizigere Abkommen zur Reduzierung von Treibhausgasen. Deutschland muss auch hier eine Vorreiterrolle übernehmen. Die Entwicklungs- und Schwellenländer brauchen moderne Technologien, um ohne Umwege in klimaverträgliche Energiegewinnung und Energienutzung einzusteigen.

Durch die Veränderung des Klimas rückt die unvermeidbare Gefahr von Naturereignissen immer mehr ins Bewusstsein. Niemand kann wirklich vor Elementarschäden wie Hochwasser, Stürmen oder Schneelast sicher sein. Darum brauchen wir mehr Vorsorge und eine planmäßige Schadensabsicherung.

Mobilität und Lebensqualität

Sich frei bewegen und weite Distanzen in kurzer Zeit überwinden zu können, ist für viele Menschen ein großer Gewinn. Unsere Kultur ist vom persönlichen Lebensalltag bis hin zur wirtschaftlichen Arbeitsteilung auf dem Weltmarkt ohne Mobilität nicht denkbar. Die Verkehrswirtschaft ist ein Wachstumsträger. Die Logistik bietet Lösungen für komplizierte Herausforderungen bei der Güterversorgung.

Wir fördern notwendige und gewünschte Mobilität. Sie ist aber kein Selbstzweck. Wo Wege überflüssig sind, wollen wir sie durch bessere Logistik und eine klügere Siedlungsentwicklung vermeiden. Wir investieren auf hohem Niveau in unsere Verkehrsinfrastruktur. Dabei gilt das Prinzip der Nachhaltigkeit. Vorrang haben daher die ökologisch jeweils günstigsten Verkehrsträger und kombinierten Verkehre. Wir wollen einen modernen und leistungsfähigen Schienenverkehr. Er hat für das Zusammenwachsen Europas

eine große Bedeutung. Er sichert die Lebensqualität der Städte und Regionen. Der Öffentliche Personennahverkehr bleibt für uns eine öffentliche Aufgabe. Wo er fehlt, das zeigen die Erfahrungen vieler außereuropäischer Städte, sind Luftverschmutzung und Flächenverbrauch die Folge. Bus und Bahn müssen wirtschaftlicher werden. Aber wir werden sie mit öffentlichen Mitteln unterstützen.

Das Auto wird in unserer Zeit neu erfunden. Der alte Gegensatz zwischen dem motorisierten Individualverkehr und der Umwelt beginnt sich deutlich zu entschärfen. Dieser Schritt ist für die Energiewende und den Klimaschutz auch dringend erforderlich. Eine höhere Effizienz von Antriebstechniken und Motoren und die Einführung biologischer Treibstoffe leisten einen Beitrag, die Umwelt zu entlasten. Wir setzen uns dafür ein, dass die Kraftfahrzeugsteuer künftig nach dem Kohlendioxid-Ausstoß bemessen wird. Die Chancen der Hybrid-, der Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie wollen wir entschlossen nutzen.

Schutz der Natur und der Tiere

Wir wollen unser nationales Naturerbe schützen und bewahren. Dazu ist es nötig, Naturschutz konsequent durchzusetzen und den immer noch wachsenden Flächenverbrauch durch Infrastruktur, Wirtschaft und Wohnen deutlich zu reduzieren. Wir brauchen Räume der Erholung und Muße. Die Bewahrung der Natur in ihrer einzigartigen Vielfalt und ihrem faszinierendem Artenreichtum ist für uns unverzichtbarer Beitrag, um die Lebensqualität für uns und unsere Kinder und Enkel dauerhaft zu erhalten. Für uns gilt die ethische Verpflichtung zum pfleglichen Umgang mit der Natur auch dort, wo kein unmittelbarer Nutzen für die Menschen daraus folgt. Wir wollen Pflanzen und Tiere besser schützen. Wir wollen von der Natur lernen und ihre Kräfte für ein besseres Leben nutzen.

Zum effektiven Schutz der Meere und Küstenregionen brauchen wir durchsetzbare Sicherheitsstandards in Schifffahrt und Schiffbau ebenso wie eine verantwortliche und nachhaltige Fischerei-Politik.

Artgerechte Haltung muss eine Selbstverständlichkeit in einer Gesellschaft werden, die sich den respektvollen Umgang mit Tieren zum Ziel erklärt hat. Tierquälerei ist konsequent zu bekämpfen. Tierversuche gilt es zu vermeiden, wo immer dies möglich ist. Das Engagement von Tierschützerinnen und Tierschützern findet unsere Unterstützung.

Entwicklung ländlicher Räume

Die ländlichen Räume müssen sich den demografischen Veränderungen, dem wirtschaftlichen Fortschritt und nicht zuletzt dem ökologischen Wandel stellen. Das Ziel unserer Politik für die ländlichen Räume ist die wirtschaftliche

Stärkung der Regionen, die Erhaltung und Schaffung einer geeigneten Infrastruktur und die Bewahrung der Kulturlandschaft.

Das Leben in den ländlichen Räumen wird noch immer von der Landwirtschaft geprägt. Ländliche Regionen besitzen eigenständige Entwicklungschancen wie den Tourismus oder nachwachsende Rohstoffe, die sehr eng mit der nachhaltigen Landbewirtschaftung verknüpft sind. Wir unterstützen die regionale Vernetzung von Aktivitäten, die das Ziel haben, die eigenen Kräfte der Regionen zu fördern.

Nachhaltige Landwirtschaft

Die Bedingungen für die Landwirtschaft in Deutschland werden sich weiter wandeln. Die Internationalisierung der Agrarmärkte setzt sich weiter fort. In der Europäischen Union setzen wir uns dafür ein, die finanziellen Transferleistungen für die Landwirtschaft an ihrem Beitrag zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und der Kulturlandschaften auszurichten und eine nachhaltige Entwicklung der ländlichen Räume zu ermöglichen.

Neue Marktchancen entstehen für anspruchsvolle Lebensmittel, nicht zuletzt aus ökologischer Erzeugung und für nachwachsende Rohstoffe. Wir befördern eine Landwirtschaft, die diesen wachsenden Bedarf decken kann und gleichzeitig die natürlichen Ressourcen wie Boden, Wasser und Luft schont. Der kulturelle Reichtum vieler Nationen zeigt sich auch in den Landschaften, die durch die agrarische Nutzung durch den Menschen entstanden sind. Diesen Reichtum wollen wir bewahren. Landwirte und Verbraucher haben einen Anspruch auf gentechnikfreien Anbau.

Wir wollen eine Landwirtschaft, in der sich eine umwelt- und tiergerechte Produktion lohnt. Landwirtinnen und Landwirte benötigen mehr eigene wirtschaftliche Spielräume, um ihre Tätigkeit am Markt auszurichten. Genossenschaften, neue Formen der Kooperation innerhalb von Vermarktungsketten und andere klassische Zusammenschlüsse landwirtschaftlicher Unternehmen bieten hier die Chance, Marktpositionen gerade im Verhältnis zu einem stark konzentrierten Lebensmitteleinzelhandel zu verbessern.

Ein so verstandener Fortschritt steht im Einklang mit den Interessen zukünftiger Generationen und der Natur. Er stellt die Weichen langfristig in Richtung einer nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensweise.

5. Unser Weg

Wir gehen voran. Wir überlassen anderen das Beharren und Lamentieren, die Verleugnung von Realitäten, den Egoismus und den Populismus.

Wir sind die Partei der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität. Die Einheit dieser drei Grundwerte, vereint im politischen Ziel der Sozialen Demokratie, unterscheidet uns von allen anderen Parteien und politischen Interessen. Für die Werte und Ziele der Sozialen Demokratie wollen wir die Menschen in unserem Land gewinnen.

Wir schaffen das Bündnis für Soziale Demokratie. Eine Partei kann immer nur so stark sein wie die Menschen, die ihre Werte und Ziele teilen und unterstützen. Wir werben für ein politisches Bündnis, das alle Teile der solidarischen Bürgergesellschaft zusammenführt. Wir wollen Frauen und Männer, junge und alte Menschen für unsere Idee begeistern.

Wir sind die Partei für das ganze Deutschland. In unserer Partei bündeln sich die Erfahrungen von eineinhalb Jahrhunderten Geschichte, von Ost und West, von Nord und Süd, von Frauen und Männern, von Alt und Jung, von verschiedenen Lebenslagen und Gruppen. Dies ist unsere Stärke. Als linke Volkspartei wollen wir Verantwortung für unser ganzes Land übernehmen – im Bund, in den Ländern und in den Kommunen.

Wir sind die Partei der engagierten Bürgerinnen und Bürger. Als soziale Bewegung sind wir mit unseren vielen Hunderttausend Mitgliedern selbst Teil einer solidarischen Bürgergesellschaft, in der Bürgerinnen und Bürger Verantwortung für ihr Gemeinwesen übernehmen und eine lebendige Demokratie schaffen. Gerade die ältere Generation ist eine unverzichtbare Kraft dieser Bürgergesellschaft. Wir wollen die Aktiven in den Gewerkschaften, Kirchen, Vereinen, Verbänden und Nichtregierungsorganisationen für die Soziale Demokratie gewinnen. Wir kämpfen gemeinsam mit allen Frauen und Männern, die sich für echte Gleichstellung einsetzen. Wir werben dafür, dass alle Menschen, die unser Land verbessern wollen, sich als Mitglieder der SPD für ihre Ideen engagieren.

Wir sind die Partei der Arbeit und der Wertschöpfung. Die Soziale Demokratie verbindet alle produktiven Kräfte unseres Landes: die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Frauen und Männer, die ein Unternehmen leiten, die Selbstständigen im Handwerk und in den freien Berufen. Wir treten ein für die Interessen der arbeitenden Menschen und derjenigen, die von der Teilhabe an Arbeit ausgeschlossen sind. Wir wollen gemeinsam mit ihnen die Arbeitsgesellschaft der Zukunft gestalten.

Wir sind die Partei der Bildung, der Wissenschaft und des Fortschritts. Wissen heißt freie Entfaltung des Menschen. Wissen ist eine Produktivkraft von wachsender Bedeutung für unsere Gesellschaft. Wir suchen das Bündnis mit all denen, die Wissen mehren, Wissen vermitteln und zum Wohl aller Menschen nutzbar machen. Wir wollen einen Fortschritt in gesellschaftlicher

Verantwortung. Die Idee der Sozialen Demokratie zieht ihre Kraft auch aus den Impulsen der Wissenschaften aller Disziplinen.

Wir sind die Partei der Kultur. Die Idee der Sozialen Demokratie findet ihren Ausdruck in der Arbeit von Künstlerinnen und Künstlern, von Denker und Kreativen. Wir wollen mit ihnen gemeinsam Kritik üben, wo Kritik nötig ist, und Ideen für ein gutes Leben entwickeln.

Wir sind die Partei der internationalen Solidarität. Wir treten entschlossen ein für die Interessen auch der benachteiligten Weltregionen. Wir arbeiten für Frieden und globale Gerechtigkeit. Wir unterstützen internationale soziale Bewegungen in ihrem Einsatz für eine bessere Welt. Menschen aller Kulturen und Religionen finden in der Sozialen Demokratie ihre politische Heimat. Als Mitglied der Sozialistischen Internationale und der Sozialdemokratischen Partei Europas sind wir Teil einer starken politischen Familie, mit der wir für die Idee der Sozialen Demokratie streiten.

Wir sind die Partei der solidarischen Mitte. Unsere Partei hat Hunderttausende Mitglieder, aber es gibt Millionen von Menschen, die so denken und empfinden wie wir. Viele Menschen wollen unabhängig von ihrer eigenen Lebenslage eine bessere und gerechtere Gesellschaft. Um gleiche Rechte für die Benachteiligten durchzusetzen, braucht es die Solidarität derer, die weniger auf gesellschaftliche Unterstützung angewiesen sind. Die solidarische Mitte hat die Soziale Marktwirtschaft möglich gemacht und sie wird das Land auch in Zukunft mit ihrer Leistung und ihrer Solidarität zusammenhalten. Wir wollen die solidarische Mitte in unserem Land verbreitern und für die Soziale Demokratie gewinnen. Wir wollen die Mehrheit in unserem Land davon überzeugen, dass soziale Gerechtigkeit die eigentliche Bestimmung des Menschen ist und allen Nutzen bringt.

Wir richten den Blick nach vorn.